

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

263 (10.11.1913)



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/8 Uhr. Postfachkonto Nr. 2630. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

### Demaskierung.

Der altnationalliberale Konzern, dessen Mitgliederzahl zwar gering ist, der aber Mittel genug besitzt, um auf die Haltung der nationalliberalen Partei einen terroristischen Einfluß auszuüben, hat jetzt endlich sein Inognito gelüftet und gibt die Namen seiner führenden Männer der Öffentlichkeit preis. Der geschäftsführende Ausschuss setzt sich aus folgenden Personen zusammen: C. Bartels, Fabrikbesitzer (Magdeburg-Budau), v. Braunshweig, Kaufmann (Samburg), Buhl, Reichsrat, Weingutsbesitzer (Deidesheim), Fährmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses (Berlin-Wilmersdorf), Gaarmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Geh. Justizrat (Dortmund), Girsch, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Handelskammerpräsident (Essen), Dr. Rahm, Geh. Schulrat (Worms), Dr. Reidig, Professor, Regierungsrat a. D. (Berlin-Wilmersdorf), Dr. Levy, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fabrikbesitzer (Hohenalza), Dr. Prager, Arzt (Fürth i. B.), Dr. Röschling, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Landgerichtsdirektor (Berlin-Wilmersdorf), Dr. Schifferer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Gutsbesitzer (Charlottenhof b. Kiel).

Da ist keiner, von dem man sich wundert, daß er sich in dieser Gesellschaft befindet. Andererseits vermißt man zwar noch den und jenen, wie z. B. Hugo Böttger, Meyer (Celle) und einige andere Leuten der nationalliberalen Rindmarter, aber im übrigen muß zugestanden werden, daß der geschäftsführende Ausschuss recht zweckentsprechend zusammengesetzt ist. Da sind die industriellen Scharmacher aus dem Ruhrrevier, da ist ein Vertreter der Wormser Gede, da haben die schleswig-holsteinischen Agrarier ihren Repräsentanten, da sitzt der wissenschaftliche Berater der organisierten Arbeitgeber, Professor Leidig, neben dem Juristen, den enge verwandtschaftliche und andere Beziehungen mit dem saarabischen Großkapital verbinden. Sechs von dem Dutzend sind Abgeordnete, aber beachtend genug, sie sind alle preussische Landtagsabgeordnete. Wegen der Mitglieder des Reichstags, auch wenn sie noch so weit rechts stehen, haben die Herren wohl noch immer einiges Mißtrauen. Sie fürchten, daß sie mit Rücksicht auf ihre Wiederwahl gelegentlich Seitenprünge machen könnten und verschließen ihnen deswegen die Tür zu dem Allerheiligsten. Sie sind ganz unter sich: Mang uns mang ist keiner mang, der nicht mang uns mang gehört.

Am 2. November hat der erweiterte Ausschuss in Braunschweig eine Sitzung abgehalten. Soweit ist der Schleier von den altnationalliberalen Geheimnissen noch nicht weggezogen worden, daß man sich eine bestimmte Vorstellung darüber machen kann, ob erweiterter Ausschuss und geschäftsführender Ausschuss ein und dasselbe ist. Aber schließlich bleibt das auch gleichgültig. Wesentlich ist, daß die Altnationalliberalen sich offen als Partei in der Partei konstituiert haben, ihre eigenen Funktionen anstellen und ihre eigenen Sitzungen veranstalten. Vorläufig berufen sie nur ihren Ausschuss zusammen, aber es wird nicht lange dauern, dann machen sie auch Parteitage, wenn anders sie darin nicht ein zu großes Zugeständnis an die Demokratie erblicken sollten. Mit den Jungliberalen lassen sie sich nicht vergleichen. Sie haben nicht eine untere Altersgrenze wie diese eine obere. Auch der jüngste Dachs kann altnationalliberal werden. Der Mangel an Lebensjahren und Erfahrungen spielt keine Rolle, wenn nur ein sichtbarer Mangel an jenen Idealen vorhanden ist, denen die schwärmerisch veranlagten Jünglinge im nationalliberalen Lager huldigen oder zu huldigen vorgehen. So sind die Altnationalliberalen ganz eine Sache für sich. Sie sind gewiß noch organisch mit der großen Partei verbunden, aber etwa so wie ein Bremskloß, der den Lauf der Räder erschwert, mit dem Wagen organisch verbunden ist.

Also, der erweiterte Ausschuss dieser Gruppe hat vor einigen Tagen in Braunschweig beraten. Ausgerechnet am Tage vor dem Einzug des Welfenherzogs, gegen den die Nationalliberalen so lebhaft protestiert haben. Aber Ernst August und die nationale Aufregung sind den Altnationalliberalen heilbar. Vielleicht haben sie sogar am folgenden Tag mit Hurra geschrien. Den Kampf gegen die welfische Gefahr überlassen sie Herrn Wassermann und seinen Getreuen. Sie haben wichtigere Dinge im Kopfe. Wenn die andern ihren Bedenken gegen die Thronbesteigung des Cumberlanders Ausdruck geben, so erheben sie ihre Bedenken gegen die Vermögenszuwachssteuer, und wenn sich auch für den Augenblick wieder in der einen noch in der andern Beziehung etwas ändern läßt, so haben sie doch im Gegensatz zu den Welfenfreßern noch nicht alle Hoffnung aufgegeben. Sie weisen auf die „Notwendigkeit“ hin, die prinzipiell falsche und unserm wirtschaftlichen Vorwärtkommen hinderliche Besitzsteuer später durch eine andere zu ersetzen. Genau wie das vor ein paar Jahren schon der freikonserervative Herr von Bedtkitz getan hat.

Auch sonst hat die Führermannschaft noch allerlei zu monieren. Im großen und ganzen ist ja die allgemeine politische Lage etwas weniger unerfreulich als unmittelbar nach den Reichstagswahlen, und vor allen Dingen nicht sich

die nationalliberale Partei alle Mühe, es den gestrengen Herren recht zu machen. Aber hier und da bleibt doch noch etwas zu wünschen. Die Verständigung zwischen den schaffenden Ständen, die in Leipzig so schön angebahnt ist, muß angesichts des bevorstehenden Ablaufs der Handelsverträge bald Laftade werden, und die Nationalliberalen haben die Pflicht, sich mit beiden Füßen auf den Boden dieses Kartells zu stellen. Der verstärkte Arbeitswilligenschuß, den die über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ erbitterte Industrie mit immer neuem Nachdruck fordert, ist baldigst durchzuführen, und die Nationalliberalen haben sich unbesehen in den Dienst der Scharmacher zu stellen. Die Einsetzung der Wiesbadener Kommission kann als Wendung zum Besseren begrüßt werden. „Anreisen staatssozialistischer Ideen“ wie z. B. die Arbeitslosenversicherung ist der entschlossenste Widerstand entgegenzusetzen und die Nationalliberalen sind berufen, ihn zu organisieren. Endlich aber und vor allem hat jedes Spiel mit dem Großblockgedanken vom 2. November ab aufzuhören. Der Eindruck muß vermieden werden, als gebe es eine einheitliche Linke neben einer geschlossenen Rechten im Reichstag. Mit andern Worten, die nationalliberale Fraktion muß eine Politik treiben, die deutlich erkennen läßt, daß sie die Isolierung der geschlossenen Rechten nicht will, sondern sich ihrer in ihrem Schmerz erbarmt.

Das sind die Wünsche, oder besser gesagt, die Befehle der Demaskierten. Am 2. November wurden sie ausgesprochen. Altnationalliberale Korrespondenz verführte sie. Merkwürdigerweise hat bis zum Abend des 7. November nur die „Kreuzzeitung“ Notiz genommen, sie wünscht den altnationalliberalen Bestrebungen, „im Sinne des hier entwickelten Programms“ den besten Erfolg. Merkwürdigerweise schweigen bisher die führenden nationalliberalen Blätter, schweigt die nationalliberale Parteileitung. Merkwürdigerweise? — Ach nein, was wollen sie denn sagen? Sollen sie aufmucken gegen das altnationalliberale Konventikel? Sie spüren ja seine Faust im Genick. Und außerdem, sie waren ja ohnehin schon auf dem Weg, der ihnen in Braunschweig vorgezeichnet worden ist. Protestieren sie, so glaubt ihnen doch kein Mensch und sie machen sich nur Unannehmlichkeiten, denn die Alten haben das Geld. Also ist es schon besser, zu schweigen. Und muß man sprechen, dann wird man erklären, daß die nationalliberale Partei umbeirrt von den Mahnungen und Vorwürfen von links und rechts ihren Weg gehen werde, daß die Reichstagsfraktion von dem altnationalliberalen Reichsverband natürlich keine Weisungen annehme, und auch, ohne von dieser Seite gedrängt zu werden, national genug empfinde, um die Fragen der Wirtschaft, Sozial- und Steuerpolitik im Sinne der Leute zu lösen, denen das Vaterland über die Partei geht. Zum Schluß aber wird man verkünden, daß Herr Wassermann ein ganz großer Führer sei, der umbeirrt von den Mahnungen usw. (siehe oben!) seinen Weg gehe. Und das wird am meisten geglaubt werden.

### Ein Verzweilungstreich des französischen Klerikalismus.

Der Bischof Touchet hat in einer Versammlung für bestimmte Fälle die vollständige und plötzliche Schließung der Privatschulen, d. h. der von der Kirche oder von kirchlich geminneten Katholiken unterhaltenen Volksschulen, die nach dem Geheiß der öffentlichen Volksschulen gleichgestellt sind, jedoch keine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln erhalten, in Aussicht gestellt. Es ist noch nicht bestimmt zu entscheiden, ob es sich bei diesem Vorschlag, der sicher nicht ohne Zustimmung anderer Kirchenfürsten gemacht ist und der von einflussreichen Präbosten des Klerikalismus gebilligt wird, um einen ernstgemeinten Plan oder um einen Schreckhauch gegen befürchtete neue Maßregeln zugunsten der weltlichen Schule handelt; durch den man den Staat zum Rückzug zu zwingen hofft. Jedenfalls aber beweist er, daß man in den maßgebenden kirchlichen Kreisen sich mit Entschlüssen befaßt, die einem Babanque-Spiel verzweilt ähnlich sehen.

Im Schuljahre 1909/10 zählte man in Frankreich unter 80 768 Volksschulen 12 994, also ein knappes Sechstel, private, 172 öffentliche und 652 private Schulen standen unmittelbar unter geistlicher Leitung. Sie zählten nicht ganz 2 Prozent der Schüler, während insgesamt auf die Privatschulen von etwa 5 1/2 Millionen Schülern rund eine Million, d. h. etwa 18 Prozent, entfielen. In den letzten Jahren wurde von klerikaler Seite der Kampf um die Aufrechterhaltung ihres allmählich schwindenden Einflusses auf die Kinder mit den schärfsten und größten Mitteln geführt. Allwärts gab es Klagen über brutale Ausnutzung der wirtschaftlichen Uebermacht durch klerikale Gutsherren und Fabrikanten, die Arbeitern und Pächtern bei Strafe des Untergangs die Privatschule für ihre Kinder aufnähmten. Das führte zum Eingreifen der Kammer, in der jetzt eine Reihe von Gesetzentwürfen zur Entscheidung stehen, die auf verschiedenen Wegen diesem Druck entgegenarbeiten und die sich allmählich vollziehende Verdrängung des kirchlichen durch den Laienunterricht beschleunigen sollen. Darunter ist ein Antrag Brard, der

die Eröffnung neuer Privatschulen verbieten will und die Existenz der schon bestehenden erschwert, und ein anderer von Buisson, der auch den Lehrern der Privatschulen die Ausbildung in den staatlichen Lehrerseminaren zur Vorbedingung des Wirkens machen will. Ob die Kammer und namentlich der Senat zu diesen starken Schritten auf das staatliche Unterrichtsmonopol hin schon bereit sein werden, steht dahin. Jedenfalls aber ist anzunehmen, daß das wieder erwachende antiklerikale Gewissen der republikanischen Mehrheit irgend welche Maßregeln herbeiführen wird, die der wachsenden Welle des Klerikalismus als Damm entgegenzusetzen werden. Scheit es doch, als solle auch der geschickt geförderten Klerikalisierung der obersten Armeeführer, die unter Millerand und Stimme gefährlich fortgeschritten ist, wieder einmal eine entschiedener republikanische Aktion entgegengestellt werden.

So begreift es sich, daß die Kirche sich mit der Frage befaßt, welche Gegenmaßregeln sie für den Fall derartiger antiklerikaler Gesetze und Verwaltungsmassnahmen ins Auge fassen soll. Und es sind Gesichtspunkte mannigfacher Art, aus denen sich eine zugleich als Demonstration wie als politisches Kampfmittel gedachte plötzliche Schließung der kirchlichen „freien“ Schulen ergeben kann.

Man weiß, daß im Augenblick die französische Regierung in der schlimmsten Verlegenheit ist, wie sie den Folgen der von ihr betriebenen militärischen und Kolonialpolitik begegnen soll. Wurde noch im Sommer vom Ministerpräsidenten das Versprechen gegeben, die Kosten der Militärvorlage durch eine einmalige Wehrabgabe und eine dauernde Einkommensteuer mit überwachter Selbstbeschränkung aufzubringen, so haben die Parlamentsferien genügt, um diesen Plan wieder dem überliefernten Steuerhaß der französischen Bourgeoisie zum Opfer zu bringen und die Deckung durch eine kolossale Anleihe von 1 1/2 Milliarden Francs zu betreiben. Das würde für Verzinsung und Tilgung eine jährliche Belastung von etwa 120 Millionen Francs bedeuten, zu denen die immer weiter steigenden Rüstungs- und Kolonialausgaben, wachsende Aufwendungen für Schul-, sozialpolitische Zwecke usw. hinzukämen. So begreift es sich, daß man es für einen schlauren Schachzug halten kann, dem Staat die Pistole auf die Brust zu legen: Entweder verzichte auf jede Bekämpfung unserer Schule — oder sich zu, wie du mit der Million Schulfinder, die wir in christlicher Milde auf einen Schlag aus unseren Schulen heraus und dir auf den Hals jagen, fertig wirst!

Zugleich aber entspräche diese Laßt dem Interesse der klerikalen Partei, die auf dem bisherigen Wege der langsamen Arbeit keinen Erfolg sieht und darum alle Geld- und persönlichen Kräfte auf einen entscheidenden raschen Schlag setzen möchte. Die Lasten für die Erhaltung von Geistlichkeit und Kirche, für die der Staat nicht mehr sorgt, werden den Gläubigen zu schwer, um daneben noch die für die Schule und zugleich alle die sozialen und politischen Unternehmungen, die zum Wesen des Klerikalismus gehören, zu tragen. Daher möchte man sich eines Teils der Last entledigen, diese dem Gegner aufbürden, um zugleich die Armee zu neuen Kampfmitteln frei zu bekommen. Ehe die Armee wieder entschläft, soll eine große Aktion auf dem politischen und sozialen Gebiete unternommen werden, die mit vorübergehendem Aufwande an großen Mitteln den Klerikalisten die Herrschaft über den Staat zurückgeben und ihnen dann alle die bisherigen Lasten durch Abwälzung auf die Staatskasse abnehmen soll. Neben Wahlaktion und Presse soll dabei auf die Bearbeitung der Jugend durch mannigfache Einrichtungen das Hauptgewicht gelegt werden. Man sieht: hinter der Frage des Bischofs, ob man den Katholiken zumuten darf, sich Lehrer bieten zu lassen, die mit dem Samen des Unglaubens erfüllt sind, stecken sehr materielle Interessen. Es ist ein äußerstes Mittel, das eine ins Wanken gekommene Sache festigen soll, das aber im Falle des Mißlingens ihr den Rest geben muß. Denn wenn die Sammlung der antiklerikalen Republikaner, die allzu lange untätig zugehört haben, weitergeht und der klerikale Ansturm, wie zu erwarten ist, im politischen Felde abgeschlagen wird, dann haben sie freiwillig das letzte Mittel, sich wenigstens einen Teil des Volkes für die Zukunft zu sichern, die Schule, selbst preisgegeben. Niemand wird glauben, daß die Republik, so übel es auch augenblicklich durch die Marokko- und Kasernenpolitik um ihre Finanzen stehen mag, nicht in kurzer Zeit den vermehrten Ansprüchen der nunmehr einheitlich staatlichen Schule gewachsen sein würde. Und die peinliche Frage der Schule, die schon so lange zur Entscheidung drängt, wäre mit einem Schlage gelöst. Man mag also den weiteren Entschlüssen der Kirchenfürsten mit Interesse entgegensehen: in keinem Falle hat die Republik Ursache, sich davor zu fürchten.

### Deutsche Politik.

#### Schwarz-blau ist Trumpf.

Gegenüber den sonst beliebten Versuchen, das Vorhandensein einer konservativen klerikalen Verbrüderung abzulugnen, sind nicht nur die jüngsten babilischen Vorgänge recht bedeutsam, sondern auch die Ausführungen, die der Zentrumsführer Julius Ba chem jetzt im „Tag“ zu ihnen macht. Er schreibt:

„Was in Baden für die Rechte erreicht wurde, ist durch die sogenannte Badertatistik erreicht worden, welche dahin



ging, schon gleich im ersten Wahlgang alle Gegner der Linken liberalen und Sozialdemokraten mit aller Kraft zu unterstützen, unter Verzicht auf eigene Kandidaturen und für das Zentrum nicht sichere Wahlfreie. Diese Taktik ist nichts anderes als das notwendige Ergebnis der innerpolitischen Entwicklung in Baden, einer Entwicklung, wie sie auch in weiten Bezirken des deutschen Reiches und in Preußen sowie ganz allgemein in allen süddeutschen Staaten neuerdings sich vollzogen hat. . . . Um meisten Gewinn werden aus dem eingetretenen Wandel wohl die Konservativen ziehen. Die hohen Regierungskreise in Baden sind konservativer als es vielfach den Anschein hat. Selbst Herr v. Bodman ist nicht eigentlich liberal, wenn er auch einen tüchtigen Einschlag von Zentrumsgesinnung besitzt. Man hat sich in Baden die Sozialdemokratie gefallen lassen, aber gefallen hat man in den Regierungskreisen nicht an der Sozialdemokratie, trotz des vielkommentierten Ausspruchs des Herrn v. Bodman. Man wird froh sein, daß man jetzt nach der Seite der Sozialdemokratie etwas mehr freie Hand hat.

Mit schöner Offenheit wird hier zugegeben, daß das Zentrum in Baden und anderwärts „in weiten Bezirken des deutschen Reiches und Preußen, sowie ganz allgemein in allen süddeutschen Staaten“ die Geschäfte der konservativen Partei besorgt. Für die Verpreßung des deutschen Südens zu arbeiten, das ist jetzt die Hauptaufgabe dieser ehemaligen Partikularen.

**Mißbrauch kirchlicher Vereine zu Parteizwecken.**

Das Zentrum möchte gar zu gern als interkonfessionell gelten, weil es auch die Stimmen der Nichtkatholiken braucht. Bei Wahlen, besonders Kommunalwahlen, steckt man die Angel sogar nach den „Israelitischen Mitbürgern“ aus. In Wirklichkeit ist und bleibt das Zentrum katholisch-ultramontan. Seine ganze Parteiorganisation schmiegt sich dem kirchlichen Betrieb an. Jetzt bei den Kölner Stadtratswahlen las man wieder aller Augenblicke von den „Partikommitees“ und dergleichen. Die „Kölnische Volkszeitung“ konnte in ihren Wahlberichterstattungen nicht genug die Beteiligung der Frauen an den Wahlarbeiten rühmen, die diesmal besonders zahlreich war. Wie diese Heranziehung des weiblichen Elements zustande gekommen ist, das mag man aus dem folgenden Zirkular ersehen, das einige Tage vor den Stadtverordnetenwahlen der „Verband der katholischen Mädchen- und Jungfrauenvereine Westdeutschlands“ (Sitz in Köln) verfaßt hat. Das Zirkular sieht so aus:

Köln, den 29. Oktober 1913.

Sehr geehrte Dame.

Die Kölner Zentrumspartei benötigt für die Stadtratswahlen, welche am 8., 4. und 6. November stattfinden, noch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen. Sie hat uns, bei den Damen der Bahnhofsmission anfragen zu wollen, ob sie sich für den einen oder anderen Tag in den Dienst der guten Sache stellen wollten. In Frage kommen die Stunden Montag, Dienstag und Mittwoch von 9-1 morgens und von 4-8 abends. Das Büro der Zentrumspartei befindet sich in diesen Tagen in der Bürgergesellschaft.

Geben Sie doch die große Güte, uns wenn möglich mitzutreten, ob und an welchen Tagen auf Ihre freundliche Mitarbeit gerechnet werden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
Der Vorstand. (Unterschrift.)

Was hat der katholische Mädchenschuß, was hat die „Bahnhofsmission“, die lediglich der Verschleppung von unerfahrenen jungen Weibspersonen entgegenwirken soll, mit den Stadtratswahlen zu tun? Wird dieser zentristische Verband auch behördlich subventioniert wie andere angeblich kirchliche, in Wirklichkeit im Dienste der clerikalen Parteipolitik stehende Vereinigungen?

**Antisemitischer Terror.**

Neuerst rückständig gebildet sich die antisemitische Stadtverordnetenmehrheit in Barmen. In Barmen besteht ein Verein „Volkswohl“, der eine Lesehalle unterhält, die auch von der Stadt subventioniert wird. Bereits früher schon haben die Antisemiten die Subventionierung davon abhängig gemacht, daß die in der Lesehalle ausliegenden Zeitungen „Vorwärts“ und „Bittauer Volkszeitung“ besetzt würden. Der Verein kam dem Wünsche nach und erhielt die Subventionierung von 500 Mk. auch diesmal bewilligt, weil der Verein sich noch immer den Wünschen der Antisemiten gefügig ge-

zeigt habe. — Die sozialdemokratischen Zeitungen sind befreit und Barmen ist vor dem Umsturz bewahrt.

**Zivilliste und Ordensausgaben.**

Die Zivilliste des Großherzogs von Hessen, die 1250 000 Mark betragen hatte, wurde im vorigen Jahre um 75 000 Mk. erhöht. Gegenwärtig hat die Regierung dem Landtag erneut eine Vorlage unterbreitet, eine weitere Erhöhung der Zivilliste um 50 000 Mk. vorzunehmen. Der Finanzausschuß der Ersten Kammer hat sich bereits mit der Vorlage beschäftigt und ihr naturgemäß keine Zustimmung erteilt. Die „Hohen und erlauchten Herren“ gehen aber noch weiter, sie wünschen, daß die alljährlich vom Landtag zu bewilligende Summe von 5143 Mk. für Ordensausgaben jetzt zur Zivilliste geschlagen werde und daß diese Summe um 11 875 Mark erhöht wird. Die Zivilliste würde nach dieser standesherlichen Berechnung dann künftig insgesamt 1 407 000 Mk. betragen und zwar sollte diese erhöhte Summe mit Wirkung vom 1. April 1913 an den Steuerzahlern aufgelegt werden. Die Erhöhung der Kosten für Orden und Medaillen begründet der Ausschuß der Ersten Kammer mit dem Hinweis auf das immer größer werdende Bedürfnis nach Dekorierung staatsbehaltender Männer- und Frauenbrüder. — Kein Zweifel — die Paare im heftigen Oberflüchten kennen die Not des Volkes.

**Das Ende des Lärms.**

Wie der „Deutsche Kurier“ von besonderer parlamentarischer Seite erfährt, wird die nationalliberale Fraktion im Reichstage keine Weseninterpellation einbringen. Denn, schreibt der „D. K.“, „in politischen Kreisen herrscht die Meinung jetzt vor, daß an den Tatsachen durch eine nachträgliche Interpellation nichts mehr geändert werden kann.“ Diese jetzt vorherrschende „Meinung“ legt neues Zeugnis ab von der Weisheit der nationalliberalen Fraktion. Man will sich nicht dem unbegründeten Verdacht aussetzen, als wolle man durch eine nationalliberale Skandalinterpellation des Braunschweiger Herzogtümlichen wieder aufzurufen. Auch Ernst Raup, jetzt „von Gottes Gnaden“. Man beugt sich in schweigender Ehrfurcht.

**Ausland.**

**Belgien.**

Eine Krupp-Affäre. Der „Soir“ kündigt Enthüllungen über die Wirksamkeit der Firma Krupp in Belgien an. Das Blatt behauptet, seine Nachrichten aus absolut einwandfreier Quelle zu erhalten, und berichtet folgendes: Die belgische Militärverwaltung hatte bei der Firma Krupp acht Kanonen zum Preise von 4 800 000 Franc bestellt, während die Firma Schneider-Creuzot die gleichen Kanonen für 2 1/2 Millionen Franc angeboten habe. Trotz dieser Preisdifferenz sei die Lieferung der Firma Krupp zugesprochen worden. Dies sei unter dem Kriegsminister Gellebault geschehen. Seitdem habe die Kommission zur Untersuchung des für die belgischen Militärbeamten kompromittierenden Geschäfts an zutuniger Stelle die über den Handel notwendigen Dokumente verlangt. Erst im Januar 1913 und eben jetzt wieder beim Beginn des Krupp-Prozesses; das Verlangen der Kommission ist aber niemals erfüllt worden. In der Kammer fragte heute der Abgeordnete Mover den belgischen Kriegsminister, warum er nicht einen besonderen Vertreter mit der Aufgabe betraut habe, den Krupp-Prozess in Berlin persönlich zu verfolgen und von allen die belgische Regierung angehenden Vorkäufen Notiz zu nehmen. Der Kriegsminister hat auf diese Anfrage erwidert, daß er keine Veranlassung dazu sähe. Die gleiche Antwort gab der Minister auf die Anfrage des liberalen Abgeordneten Fleschet, ob der Kriegsminister keine Veranlassung nehmen wolle, eine Untersuchung einzuleiten, weil im Krupp-Prozess der Zeuge v. Westen erklärt habe, er habe als belgischer Vertreter Krupps bedeutende Summen ausgegeben.

**Frankreich.**

Die neue Erbschaftsteuervorlage ist von der Regierung in der Kammer eingebracht worden, die deren Ertrag jährlich auf 72 Millionen schätzt. Die neue Steuer berührt die schon bestehende Erbschaftsteuer nicht, sondern ist nur eine Ergänzung zu ihr, die das hinterlassene Vermögen trifft. Der Steuerfuß steigt sich von 0,5 v. H. für Hinterlassenschaften bis zur Höhe von 50 000 Franken und um weitere 0,5 v. H. je nach der Höhe der Hinterlassenschaft in sieben Stufen bis insgesamt 4 v. H. für Vermögen bis über 5 Millionen. Steuerfrei bleiben die

Hinterlassenschaften bis zur Höhe von 10 000 Franken. Bei Vermögen bis zu 500 000 Franken ermäßigt sich die Steuer um ein Fünftel, wenn der Erblasser 2 Kinder, um zwei Fünftel, wenn er drei, und um drei Fünftel, wenn er vier oder mehr Kinder hinterläßt. Die neue Steuer wird auch auf die Nachlässe der Loten Hand erhoben. Die Regierung berechnet den Ertrag hieraus auf 2 Millionen jährlich.

**Rußland.**

Eine Verlängerung der Dienstzeit. Rußland plant, wie aus einer Mitteilung des „Regierungsboten“, des offiziellen Organs der russischen Regierung, hervorgeht, eine Verlängerung der Dienstzeit. Es wird den gesetzgebenden Körperschaften in nächster Zeit ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Dienstzeit der Mannschaften um drei Monate im Zusammenhang mit den von den westeuropäischen Mächten getroffenen Maßnahmen zur Erhöhung des Standes ihrer Armeen verlängern wird. Für die Uebergangszeit wird es für notwendig erachtet, auf Grund des betreffenden Gesetzes diejenigen Mannschaften, deren Dienstzeit im laufenden Jahre zu Ende geht, bis zum 1. Januar 1914 zurückbehalten.

**Badische Politik.**

**Auswärtig.**

In einer Rede bei der Offenburger Siegesfeier des Zentrums erklärte Herr Wacker u. a., die Gegner des Großblocks hätten im Landtag die Mehrheit. Es sei nicht nur eine Behauptung, sondern Tatsache, daß nicht nur der Abg. Niederbühl, sondern auch die nationalliberalen Abgeordneten Krauth und Bitter Gegner des Großblocks seien. Die beiden letzteren Abgeordneten haben aber erklärt, daß sie auf dem Boden der Taktik der nationalliberalen Partei stehen. Es wird sich bald zeigen, ob die Spekulation Wackers zutreffend ist.

Wacker hat auch wieder die Regierung scharf zu machen versucht, indem er sagte, es wäre jetzt an der Zeit, daß die ganze Regierung des Landes für jeden deutlichen Stellung gegen die Sozialdemokratie nähme; ihre jetzige Art aber komme einem Uebeltun mit ihr gleich und ist nicht vereinbar mit einer monarchischen Regierung in einem Lande, dessen Mehrheit dem christlichgläubigen Volke angehört. Als ob es die Regierung an deutlicher Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie bisher habe fehlen lassen. Diese Scharfmacherei des Zentrums, das früher die direkt entgegengesetzte Stellung eingenommen hat, ist charakteristisch für die Unehrllichkeit der Zentrumspartei.

**Nochmals die Wahl Schöpfles.**

Zu der Wählermeinung bei der Ermittlung des Wahlergebnisses im 46. Wahlbezirk habe sich herausgestellt, daß der konservativ-kandidat Bürgermeister Schöpfle in Vangenssteinbach eine Stimme unter der absoluten Mehrheit (2616) erhalten habe und die Wahl somit ungültig sei, teilte der „Mittelbadische Courier“ dem gegenüber mit, daß diese Nachricht unrichtig ist. In der amtlichen Kommission wurde mitgeteilt, daß die Zahl der gültigen Stimmen 5227 betrug und zwar sind darin die nachträglich für gültig erklärten 3 Stimmen eingeschlossen, die zuerst für ungültig erklärt worden waren. Wählin hat Bürgermeister Schöpfle eine Stimme mehr, als die absolute Mehrheit, erhalten. Es kann also keine Rede davon sein, daß der konservativ-kandidat mitgewählt ist.

**Zum Ausfall der Landtagswahlen.**

Schreibt Genosse Müller, der frühere Abgeordnete für den Bezirk Schopfheim-Schönau, der Freiburger „Volksrecht“:

„Was jetzt habe ich alle in der „Volksrecht“ erschienenen Wahlberichterstattungen der einzelnen Bezirke mit großem Interesse verfolgt, aber ein Moment wurde bisher völlig außer acht gelassen und das geht in der Hauptsache nur solche Bezirke an, welche in den letzten Jahren sozialdemokratische Vertreter hatten.“

Jedem unserer Fraktionskollegen war wie den Abgeordneten anderer Parteien die Aufgabe gefallen, die Interessen des Bezirkes nach bestem Können zu vertreten. Eine Anzahl Gemeindefürsorgekommissionen wandten sich, nachdem 1909 20 Bezirke sozialdemokratisch wurden, eben einfach an Sozialdemokraten,

**Die flüchtigen.**

Roman von Anton Fendrich.

37

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

In Weirungen trafen sie ihren Führer. „Wie ist nun der endgültige Plan?“ fragte Lotte zugleich Georg und Melchior mit dem angriffslustigen Eifer, der das Glück beim Beginn einer jeden Hochtour ausmacht.

„Ich denk“, meint Melchior, „wir fangen einmal hübsch langsam an und sparen die größte Arbeit aufs Ende der Woche.“

Lotte stampfte mit dem Fuß auf die Erde: „Natürlich, die langweiligen Männer! Anstatt gleich aufs Ganze zu gehen! Zuerst machen wir den Weg aufs Finsteraarhorn, genau so wie ihn 1811 Meyer von Arau gemacht. Ich möchte einmal etwas anderes als die ewigen Allerweltstouren. So etwas wie eine historische Tour! Und dann gleich auf den höchsten Gipfel des Oberlandes, und das auf dem schwersten Weg!“

Sie stand fast herausfordernd vor den beiden Männern, und ihre Augen blühten voll ehrlichen Wagenmuts.

Melchior lächelte ein wenig: „Nur mit geprengt, aber immer Hü! — sagen sie bei uns im Oberland, Fräulein — wie ist nur Ihr Name?“ ergänzte er fragend und etwas verlegen.

„Sehen Sie mich einfach Fräulein Lotte!“ antwortete sie kurz.

Melchior sah sie prüfend an, überschaute kühl ihr Kodenkleid, ihre Stiefel, ihren Pidel, ihr Seil und meinte dann gelassen: „Wie Sie wollen! Der Name ist auf alle Fälle leicht zu behalten.“

„Also“, rief Lotte, „dann gehen wir zuerst auf die Grimfel und von dort aufs Finsteraarhorn über den Südostgrat. Ich habe alle Karten, auch die Bisholtsche von 1830 bei mir.“

„Ich bin der Ansicht des Führers“, warf Georg jetzt dazwischen. „Melchior von Gunten wird sich zuerst einmal mit uns einlaufen und uns auf unsere Bergtüchtigkeit hin kennen

lernen wollen. Das finde ich ganz in der Ordnung. Entweder man nimmt einen Führer und hört dann auf seinen Rat, oder man macht eine fährlose Tour. Ein drittes gibt es nicht.“

Lotte sah Georg beinahe zornig an: „Natürlich, ich bin in der Minderheit, die Herren Männer halten wieder zusammen.“

Melchior nahm Lottes Ausdruck auf den Rücken, schnallte den seimigen darauf, griff nach dem abgelegten Pidel und schlug ohne ein Wort zu sagen den Weg gegen die Reichenbachfälle ein. Georg schritt rüstig hinten drein und Lotte kam ärgerlich, aber über die Erleichterung doch erfreut, nach. Unterwegs blieb sie aber plötzlich stehen und rief protestierend: „Das hat doch gar keinen Sinn, uns in der Höhe da hinauf zu rufen; wir fahren mit der Drahtseilbahn.“

Georg war einverstanden.

Als sie die Talstraße erreicht und langsam gegen Rosenlau zu aufstiegen, ging Melchior voraus. Er machte das immer so, wenn er zu dritt und besonders, wenn eine Dame bei der Partie war. Er hatte mit Georg vereinbart, daß sie heute bis zur Dossenhütte gehen und morgen über die Wetterhöfner nach Grindelwald absteigen würden. Georg hatte das Rosenlantal seiner harmonischen Romantik wegen als Ausgangspunkt gewählt und hatte Lotte, die das Tal noch nicht kannte, auf dessen Schönheiten aufmerksam gemacht.

Aber Lotte fand sich enttäuscht und bezeichnete die Landschaft, die ja in Fortdruck in der guten Stube eines jeden zurückgezogenen Wurstereisters hinge, trivial.

„Es sei ein matter Weg bis zur Trivialität in allen Dingen“, antwortete Georg keulenrühig, und ihm schiene die neue Generation der Bergsteiger neige sich wieder der selbstverständlichen längst bekannten Schönheiten der Alpenwelt zu, nachdem das Suchen nach neuen Effekten in sogenannten unberührten Gegenden sich zum Teil als Blasiertheit erwiesen habe. Die Trivialität habe starke Voraussetzungen nötig, die nicht ganz so leicht erfüllbar seien.“

Lotte fand solche Ansichten langweilig und überholt. Innerlich gab sie Georg zwar recht, aber sie hatte den Kerger, daß sie nicht ohne weiteres für eine über jeden Zweifel erhabene bergtüchtige Gefährtin aerommen worden, noch nicht über-

standen. Denn das war ihr Stolz daß sie eine Ausnahme bildete, und sie redete selber sehr verächtlich von den Kleibern den Weibern. Sie besaß einen klaren Orientierungssinn, und an ihrer gänzlichen Schwindelfreiheit konnte sie sich beruhigen. Ihr sicherer Schritt auf Eis wachte nichts von Jagdhaftigkeit, und im Fels hatte sie als Seltenheit unter den Damen die starken Arme und Hände, die sie ihrer Kunst verdankte. Nur sich unterzuordnen und einzuordnen das fiel ihr schwerer als alle Traverfen und Kamine und Muthen.

So gingen sie zunächst in einer stark abgeflachten Stimmung dem tosenden Bach entgegen, dessen Wellen manchmal wie weiße Kämme zwischen den scharfen Granitblöcken hüpften, manchmal wie strahlige dunkle Mähnen unbeweglich über den abgemagerten moosigen Felsen zu hängen schienen. Die lippig grüne Umrahmung des Wildbuchs durch dunkle Nadelbäume erhöhte den Genuß, wenn zwischen den schwarzen Wipfeln immer wieder das Zwillingsspaar des dunklen Wetter- und des hellen Wellhorns, umflogen von kleinen Wölfchen im sanften Schimmer des blauen Himmels, erschien. Die verwirrende Romantik des sturmburchtauten Waldes, die im schäumenden Wasser liegenden entwurzelten Bäume mit ihrem geblähten Geäst und die wilden blumenbewachsenen Felsen wurden immer wieder durch eine beruhigende Umrahmung zusammengehalten. Selbst der Melchior, der sonst selten etwas über landschaftliche Eindrücke auf seinen Touren verlauten ließ, wandte sich einmal zurück und meinte, es sei halt beim Eid im Rosenlantal am schönsten im ganzen Oberland.

Lotte blieb auch stumm, als der Zauber des Rosenlaltals die Wanderer gefangen nahm und erit, als sie nach einer kleinen Ruhepause im Wirtshaus von Rosenlau die Felsen des Dossengrats erreicht und Lotte zwar unter Bemerkung der am Einsteig angebrachten Leiter, aber unter Nichtbeachtung der weiter oben eingelassenen Drahtseile es vermieden hatte, den beschwerlichen Aufstieg sich durch fremde Hilfe auch zu einem ungefährliehen machen zu lassen, erst dann wurde sie wieder zugänglich und die Drei erreichten gerade beim Einbruch der Nacht die Kütte und waren angenehm überrascht, trotz des schönen Wetters keine anderen Gäste dort anzutreffen.

(Fortsetzung folgt.)



um in allen möglichen Dingen zu ihrem Recht zu gelangen. Man sprach persönlich auf den einzelnen Ministerien, oft in Begleitung einzelner Bürgermeister und Interessenten, vor, um dies oder jenes zu erreichen.

Das sozialdemokratische Vorgespräch nicht die schlechtesten waren, zeigte sich bald. Als ich z. B. nach dem ersten Landtag in den einzelnen Gemeinden über die Landtagsfähigkeit der Abgeordneten Dank und Anerkennung ausgesprochen. Was das auf einem Dorf bedeutet, wenn der Bürgermeister dem sozialdemokratischen Abgeordneten in öffentlicher Versammlung Dank und Anerkennung ausspricht, kann man sich vorstellen.

Solche Vorgänge wurden sicher der Behörde bekannt. Man kann sich aber des Gefühls nicht erwehren, als ob man da und dort von Seiten der Bezirksbehörde eingriff, um einer solchen sozialistischen „Verfeuchung“ entgegenzuwirken. Das sozialdemokratische Abgeordnete seitens der Regierung das Recht absperrt, sich für alle möglichen Vorgänge zu interessieren, mußte bekanntlich Genosse Kräuter-Freiburg am deutlichsten erfahren, als er Schulleute gegen ihre Vorgesetzte in öffentlicher Landtagsführung verteidigte. Da hat man vom Regierungssitz aus den Sozialdemokraten das Recht nehmen wollen, sich um solche Dinge zu kümmern; allerdings wurde der Regierung damals das Nötige gesagt.

Es war ja auch kein Geringerer als Staatsminister von Dusch, der in einer der ersten Sitzungen des Landtags 1909/10 sich die Worte entschlüpfen ließ: „Wir sind über die Personalien der zwanzig sozialdemokratischen Herren genau unterrichtet“; ein weiterer Beweis, daß man ihnen unter den Augen der Öffentlichkeit und vor der Presse die Rechte absperrt, die ihnen als Abgeordnete zustehen.

Als ich aber im letzten Frühjahr zum zweitenmal über die Fähigkeit im Landtag berichte und auch in Gemeinden kam, für die man eintrat, da fehlten die Gemeindebestände unter den Versammlungsbesuchern. Man hat sich darauf beschränkt, den Dank schriftlich oder bei Gelegenheit persönlich unter vier Augen auszusprechen.

Es gab ja Zeiten in Baden, wo die Oberamtmänner in der Landtagswahl persönlich für die Regierungspolitiker Partei nahmen, deshalb muß man auch jetzt zu solchen Schlussfolgerungen kommen. Nur hat man mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse eben auch die Art des Eingreifens geändert. Aus dem Jahre 1907 ist mir noch in Erinnerung, daß z. B. die Lehrerschaft durch einen vertraulichen Erlaß erludt wurde, anlässlich der damaligen Reichstagswahl für die bürgerlichen Parteien einzutreten. Man weiß ja aus Erfahrung, was es auf sich hat, wenn Staatsangestellten usw. solche Winke gegeben werden. Das Wahlergebnis einer kleinen Gemeinde des 13. Bezirks, auf das ich besonders Aufmerksamkeit verwandte, brachte mich auf die hier niedergelegten Gedanken. Dort erhielten wir 1909 20 Prozent der abgegebenen Stimmen; damals befand man sich dort aus irgend einer Ursache im Kriegszustand mit der Behörde. Der Bürgermeister der betreffenden Gemeinde ging bei mir lange Zeit ein und aus, war regelmäßiger Versammlungsbesucher und brachte jeweils die übrigen Mitglieder der Gemeindeverwaltung mit. In diesem Wahlkampf hatten wir zweimal Versammlungen dort einberufen; niemand kam auch der Bürgermeister nicht in letzter Zeit streng jedes persönliche Zusammenreffen. In dieser Zeit erreichte die Gemeinde aber durch mein Eingreifen das Ziel. Was war das Stimmenergebnis? Nicht eine einzige Stimme erhielten wir mehr. So schnell verfliegt das Vertrauen bei den Wählern sonst nicht, wenn nicht auf irgend eine Art etwas vorgegangen ist. Es muß unsere Aufgabe sein, jetzt, nach den Wahlen, solche Vorgänge zu untersuchen und unsere neue Landtagsfraktion genau davon zu unterrichten. Wer die politischen Debatten in den beiden letzten Tagen miterlebte, der muß zu dem Schluss kommen, daß nicht allein unsere politischen Gegner unseren Einfluß zurückdrängen, sondern daß auch die Regierung alles auf hat, das gleiche Ziel zu erreichen. Noch ist man in Regierungskreisen befreit, uns als Staatsbürger mitemben Rechts zu behandeln; deshalb müssen wir alles aufbieten, diesen Standpunkt zu befestigen und etwaige Beeinträchtigungen der Behörden bei Wahlen mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.“

Eine Schiebung der Reaktion.

Die Mitteilung der „Oberh. Korr.“, daß der bisherige Vertreter der Handwerkskammern in der Ersten Kammer Hofschuhmachermeister Bea in Freiburg durch den Hofschuhmachermeister Köhler in Baden-Baden ersetzt werden soll, ist dahin zu ergänzen, daß es sich bei der Kandidatur Köhler um eine Schiebung des Zentrums handelt. Köhler

ist Mitglied der Zentrumspartei, während Bea der nationalliberalen Partei zugehört. Die Wahl Bea scheint indes gesichert zu sein, da nur die Karlsruher und Baden-Badener Handwerkskammer für Köhler stimmt, während die Handwerkskammern in Mannheim, Freiburg und Konstanz an der Kandidatur Bea festhalten.

Rücktritt Geheimrat Lewalds.

Wie der „Neuen Bad. Landeszeitung“ berichtet wird, tritt der Präsident des badischen Verwaltungsgerichtshofs, Geh. Rat Dr. Lewald, in den Ruhestand. Geh. Rat Lewald ist einer der hervorragendsten Juristen unseres Landes. Er wurde im Januar 1868 Rechtspraktikant, 1871 Referendar und 1872 Amtmann in Konstanz. Kam 1873 in gleicher Eigenschaft nach Pforzheim und wurde im Jahre 1875 Amtsvorstand in St. Blasien. Als Amts- vorstand wurde er 1877 nach Säckingen versetzt, wurde 1878 dort zum Oberamtmann ernannt, 1879 wurde er Finanzrat bei der Steuerdirektion (nun Zoll- und Steuerdirektion) in Karlsruhe. Zu diesem Amt war ihm in den Jahren 1880/84 auch das des juristischen Beirats bei der Generalintendantur der Zivilliste übertragen und diese beiden Ämter vertauschte er 1884 mit dem eines Ministerialrats im Finanzministerium. Auch in dieser neuen Eigenschaft erhielt er wieder ein Nebenamt übertragen, er war nämlich für die Jahre 1884/90 auch Mitglied der Verwaltungskommission der Militärwaisenkasse und außerdem für die Zeit von 1885/90 auch Justizrat bei der Reichsbankstelle in Karlsruhe. Im Jahre 1890 wurde er zum Domänen- direktor ernannt, und erhielt in dieser Eigenschaft im Jahre 1897 den Titel eines Geh. Rats 2. Kl. Im Jahre 1900 endlich wurde Geh. Rat Lewald als Präsident des Verwaltungsgerichtshofs berufen, mit welchem Amt zugleich das des Komptenzgerichtshofs verbunden ist. Die Universität Freiburg verlieh Lewald 1906 honoris causa die Würde des Dr. juris und der Großherzog ernannte ihn im gleichen Jahre zum Wirklichen Geheimen Rat. Geh. Rat Lewald war Mitglied der Ersten Kammer und hat sich hier immer als ein durchaus liberaler Politiker erwiesen. Er hat sich vor einigen Jahren der fortschrittlichen Volkspartei angeschlossen.

Der neue Krupp-Prozess.

In der Freitagssitzung des Krupp-Prozesses wurde zunächst General v. Bueding über den Fall Hogg vernommen. Der Zeuge bekundete, Direktor Draeger sei niemals bei ihm gewesen, es hat sich auch bei ihm zu keiner Zeit weder Direktor Draeger noch irgend ein anderer Herr um Hogges Anstellung bei der Artillerie-Prüfungskommission bemerkt. Major Ahlers schließt sich dieser Bekundung vollständig an und bemerkt noch auf Betragen, Hogg sei ohne jede Vermittlung bei der A.R.K. angestellt worden. Es fanden sich zur Zeit drei Bewerber; Hogg sei der älteste an Jahren und auch an Dienstgraden und vor allem Junge gewesen, deshalb hatte er den Vorzug, da dadurch ein Austausch der Beamten leichter von statten gehen könne. Auch wirtschaftliche Gründe waren und sind bei der Besetzung der Stellen der A.R.K. maßgebend.

Der Oberstaatsanwalt teilt mit, es seien ihm am Donnerstag zwei Aufschriften zugegangen, die eine von einem Journalisten Kunde, in der mitgeteilt wird, daß durch den Major v. Wangemann die Firma Krupp auf illegalem Wege Geheimnachrichten erhalten habe; die andere von Liebknecht. Kunde hätte bemerkt, daß darüber Herr v. Mehen ausfragen könne; Liebknecht, daß darüber ein Herr Romane in Essen Auskunft geben könne. — Angeklagter Eccius bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden, Major Wangemann sei schon, als er noch im Dienst war, militärischer Schriftsteller gewesen. Er sei mit Krupp insofern in Verbindung getreten, als ihm das Archiv der Firma unentgeltlich für seine literarischen Arbeiten zur Verfügung gestellt wurde. Wangemann sei, nachdem er seinen militärischen Abschied genommen, bei der Konstruktionsfirma Ehrhardt eingetreten. Er sei trotzdem insofern noch mit Krupp in Verbindung gewesen, als er weiter unentgeltlich das Kruppische Archiv benutzen konnte. Es sei nicht daran gedacht worden, Herrn Major Wangemann zu veranlassen, der Firma Krupp irgendwelche Nachrichten zu geben. Der Oberstaatsanwalt teilt noch mit, daß ihm der Abg. Liebknecht geschrieben habe, Wangemann habe auch, als er noch im Dienst war, einen Klub gegründet, um Offiziere über militärische Geheimnisse auszuforschen. Dieser Klub bestände heute noch. — Verteidiger von Gordon beantragt, den Major Wangemann und den Herrn

v. Mehen zu vernehmen. Er bemerkt, daß er gleichzeitig den Herrn Romane aus Essen geladen habe. Dieser sei ebenfalls hier und werde mit Aktentücken erscheinen. — Verteidiger Löwenstein: Ich beantrage, von diesen Dingen, die absolut nicht zur Sache gehören, Abstand zu nehmen. Wir wären eben genötigt, noch neue Beweisanträge zu stellen, die Verhandlung würde sich ins Uferlose ausdehnen. Ich bin der Ansicht, daß die Angelegenheit zu dem Angeklagten Brandt absolut keine Beziehungen hat. — Verteidiger v. Gordon: Ich bin nicht Verteidiger des Angeklagten Brandt, sondern des Angeklagten Eccius und muß deshalb verlangen, daß die Sachen, die hier zur Sprache kommen, aufs genaueste aufgeklärt werden. — Verteidiger Löwenstein beantragt einen Gerichtsbeschluss über die Vernehmung des Herrn v. Mehen. Er müsse gegen diese Vernehmung protestieren, da Mehen Dinge vorbringen kann, die er nicht zu beeden in der Lage ist, da seine Nichtbereidigung bereits beschlossen worden ist. Nach längerem Auseinanderreden zwischen dem Oberstaatsanwalt und den Verteidigern beschließt der Gerichtshof, Major v. Wangemann zu vernehmen. Im Anschluß daran wird sich allerdings die Vernehmung v. Mehens notwendig machen. — Zeuge v. Mehen bekundet darauf, Wangemann sei mit Eccius in Marienbad bekannt geworden. Wangemann sei in der Hauptsache für Krupp literarisch tätig gewesen, aber man war auch bemüht, von ihm Nachrichten zu erhalten, um die Verichterstattung Brandts zu ergänzen. So viel ihm bekannt sei, habe Wangemann Offiziere der A. R. K. ausgehört und diese Informationen der Firma Krupp mitgeteilt. — Major Wangemann, der darauf als Zeuge erscheint, bekundet, er sei lediglich literarisch für Krupp tätig gewesen; es sei aber niemals auch nur im mindesten davon gesprochen worden, daß er der Firma Informationen über geheime Dinge geben solle. — Justizrat v. Gordon: Herr v. Mehen hat behauptet, daß Sie Offiziere ausgehört haben, um der Firma Krupp Informationen über militärische Dinge zu geben. — Wangemann: Das ist grundsätzlich falsch. Es ist auch nicht einmal eine Andeutung gemacht worden, ich solle Krupp irgend welche Nachrichten geben. Es ist richtig, daß schon vor langer Zeit ein Klub gegründet worden ist. Zu diesem gehören aber nicht nur Offiziere, sondern auch u. a. der Musikdirektor Prof. Waldemar Meher und der Porträtmaler Adolf Meher, sowie viele andere Militärs. Wir wollten eben nicht fachsimpeln, sondern kamen alle Monat bei einem Glase Wein gemütlich zusammen. Es wurde im Gegenteil vermieden, über militärische Dinge auch nur zu plaudern. Herr Romane ist der Leiter des Kruppischen Freibureau. Mit diesem habe er nur soweit erforderlich, schriftlich verkehrt. — Oberstaatsanwalt: Kennen Sie den Namen Hogg? — Zeuge: Nein. Der Zeuge bekundet darauf noch, daß ihm das Kruppische Archiv Material geliefert habe, um bei der Industrie-Ausstellung in Düsseldorf 1902 über die Konstruktion eines Feldgeschützes zu schreiben. — Es wird darauf noch ein Brief verlesen, den v. Mehen an Wangemann geschrieben hatte, der jedoch ziemlich belanglos ist.

Der Gerichtshof beschließt, von Mehen nicht zu verzeihen, da er der Teilnahme an den hier zur Anklage stehenden Handlungen verdächtig ist. — Angeklagter Eccius bemerkt, daß er allerdings mit Major Wangemann in Marienbad bekannt geworden sei und mit diesem viel verkehrt habe; er habe ihn jedoch in keiner Weise ausgehört, er habe militärische Mitteilungen zu machen.

Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Der Oberstaatsanwalt nimmt darauf das Wort zur Schuldfrage: Als im April d. J. die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gelangte, war die Staatsanwaltschaft bereits seit zweieinhalb Monaten damit beschäftigt; der Untersuchungsrichter schon zwei Monate vorher. Der Angeklagte Brandt ist der Beamtenbefugung und der widerrechtlichen Beschaffung von Kriegsmaterial, dessen Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten war, allerdings nicht in der Absicht, es einer fremden Macht auszuliefern, beschuldigt; der Angeklagte Eccius der Beihilfe zur Beschaffung. Ich erkläre von vornherein, daß ich die Anklage wegen der Beschaffung des geheimen Kriegsmaterials nicht aufrecht erhalte, dagegen die Anklage wegen Bestechung. Ich ersuche, den Angeklagten Eccius darauf aufmerksam zu machen, daß er auch als Mittäter bestraft werden kann. Ich halte den Angeklagten Eccius bei der Frage der Bestechung als Mittäter und beantrage gegen beide Angeklagten dieselbe Strafe, und zwar je fünf Monate Gefängnis. Der Oberstaatsanwalt beleuchtete darauf des näheren die juristische Seite der Bestechungsfrage. Er führte aus: Wir haben im allgemeinen einen vortrefflichen Beamtenstand. Es ist nicht alles Dienstgeheimnis. Betrübend ist aber, daß die Zeugoffiziere Älten und Genossen sich zu Mitteilungen bereit erklärten, deren Geheimhaltung ihnen zur Pflicht gemacht war, weil ihnen Brandt die Versicherung gab, er sei der Vertreter der Firma Krupp. Die Zeugoffiziere waren der Ansicht, vor Krupp gibt es kein militärisches Geheimnis. Es ist ja selbstverständlich, daß zwischen der Firma Krupp und der Heeresverwaltung insbesondere über artiller.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe. Zum erstenmal: „Elektra.“

Tragödie in einem Akt von Hugo von Hofmannsthal. Musik von Richard Strauß.

Der vergangene Mittwoch war für unsere Oper ein großer Tag. Er brachte uns die Erstaufführung des letzten Wertes von Richard Strauß, die „Elektra“. Vor Jahren lernten wir „Feuersnot“ kennen, neuerdings folgten „Der Rosenkavalier“ und „Ariadne auf Naxos“, die Symphonieorgel machte uns mit „Tod und Verklärung“, — „Don Quijote“, — „Also sprach Zarathustra“, — „Zill Eulenspiegel“, — „Heldenleben“, — „Symphonia domestica“ bekannt und was uns an symphonischen Werken noch fremd blieb, bringt größtenteils die „Strauß-Woche“. Zur „Elektra“ konnte man sich dankenswerterweise endlich auch entschließen; so bleibt nun nur noch der Wunsch offen: recht bald die „Salome“ folgen zu sehen. Zunächst mag eine kurze Inhaltsangabe der „Elektra“-Tragödie, die am 26. Januar 1909 in Dresden ihre Erstaufführung erlebte, folgen. Der innere Hof des Königspalastes in Mykene ist der Schauplatz. Seitdem Athamnestra in Verbindung mit ihrem Pülsen Agisib ihren Gatten Agamemnon hingerichtet hat, lebt Elektra nur dem Gedanken der Rache. Wie ein Tier lebt sie seitdem, ausgestoßen von der Gemeinschaft der Menschen, den Dienern zum Gespött, ein Waisenkind, nur der Gier nach dem Mute ihrer Mutter und Agisib's. Freilich auch die Wölder haben jeither keine Ruhe. So halten sie auch Elektras Schwester Chrysothemis zu Hause verschlossen. Ganz unähnlich ist diese der älteren. Stark ist auch Athamnestra. Schwer peiniget sie die Zeit, sie hat sich dadurch völlig dem unwürdigen Agisib ausgeliefert. Ihre Kräume quälen sie so furchtbar, daß sie sogar bei der verhassten Elektra Hilfe suchen kommt. Das ist der erste Triumph, der dieser in all den Lebensjahren geworden ist. Aber nicht lange kann sie sich dessen freuen, denn in höchstem Triumph schleudert ihr Athamnestra die Votivschiff entgegen, daß Drest, der Bruder, in der Ferne gestorben ist. Furchtbar ist der Schlag für Elektra, aber an ihrer Lebensaufgabe ändert das nichts: nun müssen also die Töchter das Werkzeug der Rache sein. Und als Chrysothemis entsetzt zurückwandert, ist sie ent-

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe. Zum erstenmal: „Elektra.“

Tragödie in einem Akt von Hugo von Hofmannsthal. Musik von Richard Strauß.

schlossen, allein das Werk zu vollbringen. Sie gräbt im Hofe jenes Weils aus, mit dem der Vater einst erschlagen worden ist, und das sie aufbewahrt hat, um es dem Mörder heimkehrenden Bruder zu übergeben. Aber jene Votivschiff von Drest's Tode war falsch, von ihm selber ausgeht, um die Verbrecher zu Hause sicher zu machen. Der Fremdling, der jetzt im Hof erscheint und erst nicht glauben kann, daß dieses blutrünstige Weib seine Schwester ist, gibt sich ihr als Orest zu erkennen. Dann schreitet er ins Haus, das furchtbare Nachwerk zu vollenden. Ueber Elektra aber fällt ein Blutrausch. In wahnsinnigem Wonnetaumel raft ihre endlich erfüllte Rachgier und vernichtet sie zuletzt selber. Dr. Karl Stord äußert sich über die Dichtung: „Der gewaltige Stoff der alten Mythe ist aus der erhabenen Welt der Tragödie, in die ihn Sophokles gehoben, hier herabgezerrt ins Pathologische-Verwerfliche. Mit einer unheimlichen Folgerichtigkeit ist dieser Ton des Wutwahnsinns und der entsetzten Brunnst dem Dichter festgehalten, so daß die niederschmetternde Wirkung seiner Schöpfung begrifflich ist. Darum bleibt es nicht weniger Tatsache, daß durch eine derartige Auffassung in schärfster Weise hohe Kulturgüter vernichtet werden!“ — Man muß Stord recht geben, wenn man das Textbuch genau durchgesehen hat. Breite Sinnlichkeit, perverfe Sinnesverirrung sprechen aus den Zeilen und mit Wohlbehagen schwebt Hofmannsthal in: „ewigen Gemorde und Glitzern im Blut“. In einem seltenen innerlichen Widerspruch steht hier der Elektra-Dichter mit dem voll frömmeligen angehauchten Inhalt des Buches von Jebermann. Diese beiden scharfen Gegensätze lassen den Glauben an den Dichter dieser beiden Richtungen schwinden und nicht mit Unrecht darf man zu der Meinung neigen, daß Hofmannsthal nicht dem inneren künstlerischen Bedürfnis seines Herzens entsprechend seine Dichtungen schreibt, sondern lediglich durch Extremes das Publikum verblüffen will. In ihrem feinsten Empfinden und ihren inneren Regungen hat die Hofmannsthal'sche Elektra mit der Sophokleischen durchaus nichts mehr gemein. Bei dieser herrscht eine edle Empörung gegen den heimtückischen Mord ihres Vaters vor (sie hält sich noch Witterbeschluss aus zur Mäderin betrunken), während bei jener ein heilloser Wutwahnsinn, eine moralische Degeneration den menschlichen Charakter entwürdigen. Hofmannsthal hat das Verdienst für sich, die klassisch Elektra zur Weisheit, zum rassen Tier mit Menschenentzück herabgewürdigt zu haben. Ob solche Willkürlichkeit das Ziel der Dichtkunst sein darf, — diese Frage möchten wir verneinen.

Theater und Musik.

Das diese Textgattung dem Tonseher eine reiche Ausbeute realitätlicher Tonausdrucksmitel bietet, ist zweifellos erklärlich. Hier erreicht Strauß in der musikalischen Sprache und Deutlichkeit für psychologische Vorgänge und Seelenregungen unbestritten den Höhepunkt der Meisterhaft. Ergreifen nicht man dem ungeheuren orchesterlichen Können gegenüber, das sich hier mit einer wirklich ursprünglichen Erfindungsgabe paart. Wie ja bei Strauß nicht anders vorauszusetzen ist, begegnen wir auch in der Elektra des öfteren einer herzlich unbefümmerten Verwegenheit in der Harmonik, die aber dennoch den Musiker festlegen und interessieren kann durch eine aufs höchste gesteigerte kontrastpunctuelle Kunst. Trotzdem findet sich hin und wieder ein reines Gefühl für sinnliche Klangschönheit und leidenschaftliches Empfinden. Manche solcher Stellen erheben sich zu wahren Perlen stimmungsvoller und gemütsstiefer Lyrik, wie z. B. das Wiedersehen und Wiedererkennen der Geschwister Elektra und Orest. Hier spricht statt des geistvollen Thematikers der warm empfindende, Langtrache und farbenreiche Künstler zu unserem Herzen. Solcher Stellen sind es leider nicht viele, aber ihr Vorkommen stellt den wohlthuenden Ausgleich zwischen so manchen Klanghärten und Instrumentations-schärfen her. Jede Person, jede Handlungsweise, jede Erinnerung und selbst Gegenstände haben ihr eigenes Motiv und diese in wunderbarer Klarheit miteinander gehen, oder gegeneinander anstürmen zu lassen, ist Straußens Größe. Mehr denn sonst gelingt es hier dem großen Symphoniker, Geschehnisse und Seelenregungen mittelst dem mehrfach geteilten erweiterten Orchester charakteristisch und packend zu schildern. So bildet der durch Reizdenktriebe graufig ausgestattete „Opferzug“ eine Arbeit von wirksamster Tonillustration. Elektras großer Einzelgesang, ihr wahnsinniger Tanz und Athamnestras Ermordung verkehren ebenfalls nicht ihre Wirkung auf den Hörer. Die Erstaufführung am Mittwoch darf in allen Stücken als eine große, — ja seit Jahren wohl als die größte Tat unserer Oper betrachtet werden. Das Hauptverdienst hieran gebührt in erster Linie der ganz hervorragenden musikalischen Leistung durch Frei Cortolezis. Mit hinreichender Begeisterung besetzte er unser treffliches Hoforchester, das in allen Instrumenten eine umfangreiche Erweiterung erfahren hatte. Die unendlichen Schwierigkeiten, die in so reichem Maße in der Partitur verborgen liegen, überwand er siegreich, vom Funken des Genies entzündet und vom Geist der Schöpfung durchdrungen. Seiner toweränen Direktion und geistvollen Initiative folgte die Musikerchar, deren jedes Instrument eigenlich



... die Anschaffungen ein fortwährender Gedankenaustausch besteht. Daraus ist aber keineswegs zu schließen, daß zwischen Krupp und der Heeresverwaltung kein Geheimnis besteht. Der Oberstaatsanwalt sucht dann nachzuweisen, daß sich Brandt im Sinne des § 333 des Strafgesetzbuches der Bestechung schuldig gemacht hat, und daß Eccius nicht wegen Beihilfe, sondern als Mittäter in Betracht kommt. Der Angeklagte v. Mehen wird in der Öffentlichkeit als Kronzeuge bezeichnet. Ich kenne keinen Kronzeugen, ich kenne auch keinen We- und Entlastungszeugen, sondern nur einen Zeugen der Wahrheit. Es ist vollständig gleichgültig, ob die Staatsanwaltschaft oder die Verteidigung einen Zeugen ladet. Ist der Zeuge glaubwürdig, so hat er denselben Wert, gleichviel von wem er geladen ist. Es ist bereits von der Verteidigung gesagt worden, v. Mehen verdiente, gleichviel, ob er be- oder entlastend aussagte, nicht den geringsten Glauben. Ich bin entfernt, den Zeugen v. Mehen für völlig glaubwürdig zu bezeichnen, aber man soll das nicht mit dem Bilde ausschütten. Ich muß ja sagen, daß v. Mehen sich bei seiner Unterhandlung mit Herrn v. Wingen keineswegs tavastiermäßig benommen hat. Die Firma Krupp war danach voll berechtigt, v. Mehens sofortige Entlassung zu verfügen. Jedenfalls werde ich v. Mehens Aussage scharf ins Auge fassen. Insofern seine Aussage nicht durch Widersprüche widerlegt ist und durch Tatsachen unterstützt wird, ist er jedenfalls als glaubwürdig zu bezeichnen. v. Mehen sagte, als er seinen Berliner Posten antrat, habe ihm Herr v. Schütz sofort einen Gehobenzünder gezeigt, den Brandt zweifellos nicht seiner schönen Augen wegen von Militärbeamten erhalten haben könne. Es ist in dieser Beziehung eine eingehende Nachuntersuchung angehängt worden, die aber nichts ergab. Dagegen sind diverse Befundungen als Wahrheit anzunehmen; auch die, daß er geäußert habe, er habe gegen die Tätigkeit Brandts großes Bedenken, und wenn Brandts Tätigkeit bekannt würde, flöge die ganze Firma Krupp in die Luft. Diese Äußerung hat zwar eine gewisse Heiterkeit erregt; sie entbehrt aber nicht der Wahrheit. Allerdings wäre v. Mehen genötigt gewesen, dafür zu wirken, daß Brandts Tätigkeit eingestellt würde. Er ist auch bei Eccius vorstellig geworden. Dieser hat ihm geschrieben, „wir können Brandts Tätigkeit vorläufig nicht entbehren“. Er schlug vor, die Sache anders zu regeln, damit man nicht auf die Tätigkeit aufmerksam wird. Ich muß offen bekennen, ich habe erwartet, daß mir der Beweis geliefert wird, in Essen habe man von Brandts Tätigkeit keine Kenntnis gehabt. Allein schon im März 1912 hat Direktor Draeger, wie er befandete, gegen Brandts Tätigkeit große Bedenken gehabt und geäußert, daß, wenn die Sache herauskommt, es einen großen Skandal gibt. Dr. Mehlson hat in der Direktorialversammlung in Essen am 3. August 1912 die Sache vorgebracht und gesagt, wenn mir auch Brandt versichert hat, daß er bares Geld nicht gibt, so soll es mich nicht wundern, wenn demnächst ruckbar wird, Brandt habe keine Informationen durch direkte Geldbestechung erlangt. Eigentümlicherweise wurde dieser Mitteilung keine Beachtung geschenkt, weil die Jubiläumsfeier der Firma besprochen werden mußte. Dr. Mehlson hat alsdann Veranlassung genommen, im Privatgespräch die Angelegenheit mitzuteilen und in der Direktorialversammlung am 24. August 1912 wiederholt zur Sprache zu bringen. Dort hat niemand gefragt: worin besteht die illegale Tätigkeit Brandts, sondern es ist einfach gesagt worden: gut, wir beschließen, die Tätigkeit Brandts einzustellen. Das ist genau dasselbe, als wenn jemand den Vorschlag macht, einen Angeklagten zu entlassen, weil er einen Lebersteine hat. Der andere, der den Beschluß zu fassen hat, würde sagen, ich kann allerdings nicht einsehen, daß der Mann einen Lebersteine hat, aber da Sie der Ansicht sind, werden wir ihn entlassen. Der Beschluß vom 24. August 1912, Brandts Tätigkeit einzustellen, wurde gefaßt. Brandt übte aber seine Tätigkeit ohne Einschränkung weiter aus, sogar noch am 26. Oktober 1912. Ziel auch in der Person des Feuerwerkers Schmidt ein Opfer, so führte doch Brandt ungehindert seine Tätigkeit fort bis er verhaftet wurde. Danach ist anzunehmen, daß die Kruppdirektoren von der Brandtschen Tätigkeit Kenntnis erhielten und nicht den ernsthaften Willen hatten, die Tätigkeit zu unterbinden, Eccius hatte ja wiederholt geäußert, er könne die Tätigkeit Brandts vorläufig nicht entbehren. Er hat an Herrn v. Mehen geschrieben, seitdem Brandt in Berlin ist, sind wir auf beste Unterrichtet. v. Mehen schrieb auch an Eccius: Sie können ja die Funkenzulage nicht bloß auf 5000 Mk., sondern auf 20.000 Mk. erhöhen, es würde aber alsdann nicht ausbleiben, daß die Welt erfährt, es sei nicht alles in Ordnung. Der Oberstaatsanwalt suchte darauf nachzuweisen, daß Eccius als Mittäter bei der Bestechung in jeder Beziehung in Betracht käme und schloß mit dem Antrage, der Gerichtshof wolle seiner Ansicht beitreten und gemäß dem Strafgesetzbuch erkennen. — Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung nahm das Wort Verteidiger Rechtsanwalt Löwenstein für den Angeklagten Brandt. Er beantragt die Freisprechung eventuell eine gelinde Geldstrafe, die durch die 4½monatige Unterhaftung als verbüßt zu erachten sein solle. Dann erklärte der Verteidiger weiter: Der Herr Oberstaatsanwalt sagte: Wehe dem Beamten, der etwas ausplaudern würde, ohne meine ausdrückliche Erlaubnis. Ich muß darauf erwidern: Wehe dem Staatsanwalt, der gegen jeden Beamten vorgeht, wenn er irgend etwas in vertraulichen Kreise aus seiner Amtstätigkeit erzählt; dann würden sehr bald die Beamten-Bureaus leer werden auch von den Beamten, deren Pflichten nicht in Zweifel zu ziehen ist. Wenn die Militärbehörde erfahren hätte, daß die Zeugin Tilian und Genossen mit Brandt in Restaurants verkehrten und ihm über amtliche Vorkommnisse Mitteilung machten, dann bin ich überzeugt, hätte sie fest zugegriffen und die Beamten wegen Disziplinarvergehens zur Verantwortung gezogen. Eine andere Frage ist aber, ob die Behörde Veranlassung genommen hätte, gegen die Beamten strafrechtlich vorzugehen. Wenn die Behörde rechtzeitig Kenntnis gehabt hätte, wäre die Angelegenheit jedenfalls niemals als große Klode gekommen. Es gibt eben eine Anzahl Dinge, die nicht geheim zu halten sind, und zum mindesten wären die Militärbeamten der bestimmten Ansicht, Krupp und die Heeresverwaltung arbeiten Hand in Hand, es gäbe in folgedessen kein Geheimnis. Diejenigen Stellen, die jetzt Jeter-mordio über die Korruption und Unmoral der Firma Krupp schreiben, haben der Regierung zurzeit und zwar mit Recht den Vorwurf gemacht, daß sie sich von den Vorgängen auf dem Balkan habe überraschen lassen. Es lasse sich eben nicht alles auf offiziellem Wege erfahren. Dafür geben die Staaten Ansummen aus, unterhalten Geheimdienste, um eben unterrichtet zu sein über Dinge, die sie wissen müssen und die sie nicht auf offiziellem Wege erfahren können. Webrödener Liebknecht hat im Reichstage behauptet, es sei bezüglich unserer Industrie und unserer Beamtenschaft ein zweites Panama vorhanden. Die Herrn Liebknecht nachstehende Presse, insbesondere der „Vorwärts“, behauptet noch heute, daß eine Beamtenkorruption vorgekommen ist und eine unserer ersten Firmen die Beamten bestochen hat. Ich frage: haben denn die Herren vollständig die Vergangenheit vergessen? Ist nicht erst vor einigen Monaten in der Staatsbruderei ein Brief gestohlen worden, der in den Spalten des „Vorwärts“ seine Aufklärung fand? Hat nicht der „Vorwärts“ wiederholt amtliche Erlasse von Ministern, Oberpräsidenten, Landräten usw. veröffentlicht? Ich habe darin keine strafbare Handlung gesehen, wenn dem „Vorwärts“ eine derartige Mitteilung auf den Redaktionstisch geflogen ist und er sie veröffentlicht hat. Dann sind die Herren aber doch nicht berechtigt, in dieser Weise vorzugehen. Ich frue mich, daß ich Gelegenheiten habe, diesen Heuchlern die Larve vom Gesicht zu reißen. — Vorsitzender: Ich muß Sie bitten, Herr Rechtsanwalt, nicht derartige Ausdrücke zu gebrauchen. — Verteidiger Dr. Löwenstein polemisiert weiter gegen die Sozialdemokratie und insbesondere gegen den „Vorwärts“. Er beleuchtet dann die Angaben des Herrn v. Mehen, die in seiner Weise glaubwürdig seien. Er weist darauf hin, daß in der Anklageschrift jomg steht, v. Mehen sei ein Mann von Doppelsinnigkeit, dem die Unwahrscheinlichkeit v. Mehen hat außerdem die wichtigsten Dinge einem Untertier des „Vorwärts“ anvertraut, von dem er gar nicht wußte, in welcher Weise er die Sache ausbeuten werde. Es ist vollständig unglaubwürdig, daß v. Schütz, ein durchaus ehrenwerter Mann, ihm gesagt haben soll: „Hier in dem Bureau werden fortwährend Bestechungen und Landesverrat begangen, wenn Du diesen Posten antrittst, so bist Du, ebenso wie ich, ein Lump.“ Augenscheinlich hat v. Mehen lediglich die Briefe aufbewahrt, um sie als Drohung gegen die Firma Krupp zu besitzen. Er hat einen Brief ungesichtet zurückverlangt, diesen Brief aber aufbewahrt, wie er sagt, um ihn seinem Anwalt in Essen als Material zu unterbreiten. Wenn v. Mehen die Wahrheit gesagt hätte, dann wäre er Mittäter und dann gehörte er hier auf die Anklagebank. Damit will ich Herrn v. Mehen verlassen und nur noch bemerken, daß die Herren Direktoren in Essen keine Achtung hatten, daß Brandt keine Nachrichten durch unlaute, ungeschickliche Mittel erhalte. — Wenn der Hg. Liebknecht den genannten Brief nicht in der bekannten Weise veröffentlicht hätte, dann wäre es jedenfalls nicht zu einem strafrechtlichen Verfahren gekommen. Der Verteidiger spricht zum Schluß seine Überzeugung aus, daß Brandt freigesprochen wird, da er im Interesse der Heeresverwaltung, im Interesse des deutschen Vaterlandes und ganz besonders im Interesse der deutschen Industrie und der Firma Krupp gehandelt hat, von deren Blühen und Gedeihen das Wohlergehen hunderttausender Arbeiter abhängt.

Die Verhandlung wird darauf auf Samstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Herr v. Mehen hatte Privatbeleidigungsklage gegen Rechtsanwalt Kurt Ulrich, wegen dessen Verteidigungsrede in dem Kriegsgerichtsprozeß gegen die Zeugin Tilian und Genossen angehängt. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat am Freitag die Klage kostenpflichtig abgewiesen mit der Begründung, daß Rechtsanwalt Ulrich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Das Urteil.

Berlin, 8. Nov. Nach zweieinhalbwöchiger Verhandlung ist heute in später Nachmittagsstunde im Krupp-Prozeß das Urteil gefällt worden. Es lautet gegen Brandt auf vier Monate Gefängnis, die durch die Unterhaftung als verbüßt erachtet werden und gegen Eccius wegen Beihilfe auf 1200 Mk. Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung ist das Verdict der Ansicht ge-wesen, daß Eccius sich bewußt war, daß eine Verletzung der Amtspflicht vorlag. Daß Zeugin Tilian sich disziplinarischer Vergehen schuldig gemacht haben, war ihm bekannt. Was die Strafzumessung anbelangt, so wirkt erschwerend, daß die Straftaten Jahre hindurch verübt worden sind und daß sie eine schwere Schädigung der Heeresverwaltung darstellen. Als strafmildernd dagegen ist zu berücksichtigen, daß es sich bei Brandt und bei Eccius um die Beschaffung von Informationen im Interesse der Firma Krupp handelte und daß die zur Bestechung gebrauchten Mittel verhältnismäßig gering waren. Schließlich konnte die bisherige völlige Unbescholtenheit beider als strafmildernd in Betracht gezogen werden und daß Brandt in den Fällen, in denen eine Bestechung zu erkennen war, dies zugegeben hat. Eccius ist viel auf Reisen gewesen und hat mehrere Jahre hindurch mehrronatige Krankheitsurlaube nehmen müssen. Er hat zwar die Korruption nicht bearbeitet, aber ein Teil dieser hat ihm vorgelegen. Da er keinen Lebersteine über die Tätigkeit Brandts gehabt hat, ist er nur wegen Beihilfe zu verurteilen. Aus diesen Erwägungen wird Brandt zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, die als durch die Unterhaftung verbüßt erachtet werden. Eccius wird zu 1200 Mk. Geldstrafe verurteilt wegen Beihilfe eventuell für je 10 Mk. 1 Tag Gefängnis. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit Freisprechung erfolgte, der Staatskasse auferlegt, zum anderen Teil den Angeklagten.

Aus der Partei.

Genosse Schröder 7.

In Laßz ist in der Nacht vom Freitag auf Samstag Genosse Schröder, Gauleiter des Buchbinderverbandes, an einem Herzschlag plötzlich gestorben. Schröder war ein braver, tüchtiger Mensch und Parteigenosse. Noch am Freitag abend führte er über den Ausstand der Kartonnagearbeiter in Laßz Unterhandlungen mit den Unternehmern, die aber wieder ergebnislos verliefen. Schröder soll sich darüber sehr aufgeregt haben, in der Nacht ist er dann gestorben. Die Partei und die Gewerkschaften werden dem zu früh dahingegangenen Kämpfer ein gutes Andenken bewahren.

Die Einäscherung der Leiche Wilhelm Schröders

wurde am Freitag nachmittag im Sam-burger Krematorium vorgenommen. Ein großer Kreis von Parteigenossen aus Hamburg, Berlin und anderen Orten hatte sich neben den Familienangehörigen in der Halle des Krematoriums versammelt. Unter den zahlreichen Blumenpenden, die den Sarg bedeckten, befanden sich Kränze vom Parteivorstand, vom Verein Arbeiterpresse, von der Redaktion des „Vorwärts“, von verschiedenen Organisationen und anderen. Reichstagsabgeordneter Fraohme hielt eine tiefergreifende Gedächtnisrede auf den Verstorbenen. Nach ihm sprach Hermann Wollenbruch im Namen des Parteivorstandes, Emil Eichhorn im Auftrage der engeren Kollegen Schröders, ein Vertreter des Wilmerbooscher Partei-vereins, dessen Vorsitzender der Verstorbene gewesen ist, ein Vertreter der Berliner Arbeiterjugend und Eduard Bern-stein in namens der „Sozialistischen Monatshefte“. Alle Redner rühmten die Treue, Opferwilligkeit, Bescheidenheit und Charakterstärke des Genossen Schröder, der auch von den Genossen, die nicht immer seine Ansicht teilen konnten, als guter Kamerad geschätzt worden sei. Schröder habe durch sein rastloses Wirken in der Parteibewegung einen Anspruch darauf, daß sein Name unter den besten der Parteigenossen genannt wird. — Schmerzbewegt sah die Krauergemeinde den Sarg in der Tiefe verschwinden, während Harmoniumklänge die Feier beendeten.

Eine rote Woche brachte unserer Partei in Wien 10.000 und in Niederösterreich außerhalb Wiens 2500 neue Parteimitglieder. Da vor einigen Wochen die Frauenerorganisation Oester-reichs 1500 neue Mitglieder gewonnen hat, sind in den letzten Wochen in Wien und Niederösterreich 14.000 Männer und Frauen der Parteiorganisation zugeführt worden. Und dies in der denkbar ungünstigsten Zeit!

Kommunalpolitik.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Mannheim. Ministerialdirektor Dr. Glodner, der als Oberbürgermeister der Stadt Mannheim in Aussicht genommen war, hat, wie nunmehr bekannt wird, dieses Angebot endgültig abgelehnt. Die Ablehnung hängt mit dem Rücktritt des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Wrtk. Geh. Rat Dr. Kretzold, zusammen, aus dessen Nachfolger Ministerialdirektor Dr. Glodner auszuwählen ist.

Soziale Rundschau.

Mannheim, 7. Nov. Die Vorteile der Mannheimer Milchzentrale für die Allgemeinheit sind in den letzten Tagen wieder deutlich hervorgetreten. Die Mannheimer Milchzentrale hatte in Ludwigshafen 4 Verkaufsstellen errichtet und bekannt gegeben, daß der Liter Milch 22 Pf. kosten werde. Die Milchhändler, die bisher 24 Pf. für den Liter Milch verlangten, haben sich dadurch genötigt, den Milchpreis um 2 Pf. herabzusetzen. Arbeiterfahrkarten. Die „Deutsche Eisenbahnbeamtenzeitung“ bringt einen längeren Artikel über die Pflege des Arbeiterverkehrs auf der Eisenbahn. Darnach gelangten in Baden im Jahre 1884 Arbeiterbillets zu 12 Jahren für die Woche zur Einführung. Wenigbar war die dritte Klasse der gewöhnlichen Züge vor 9 Uhr früh und nach 5 Uhr abends. Der Preis ist seit Einführung der Wochenkarten derselbe geblieben. Es werden erhoben für 1-5 Kilometer 60 Pf., für jedes weitere Kilometer 10 Pf. mehr. Seit 1908 gelten die Wochenkarten an 6 aufeinanderfolgenden Arbeitstagen, sind also auch an Sonntagen denkbar, wenn diese als Arbeitstage in Betracht kommen. Werden die Karten an Sonn- und Festtagen nicht benutzt, so verlängert sich die Geltungsdauer um die Zahl der ausgesetzten Tage. Arbeiterrückfahrkarten wie sie die meisten deutschen

mit Lob erwähnt gehörte, willig und mit ganzer Umgebung. Ueber der szenischen Anordnung waltete glücklich die feinsinnige Hand Peter Dumay's, der der Tragödie Stil und charakteristische Züge verlieh. Die Partie der „Elektra“ sang Sophie Palm-Cordes von der Nachbarbühne Stuttgart. Es ist dies eine Partie, die körperlich und seelisch die höchsten Anforderungen an eine Sängerin stellt. Mit bewundernswerter Ausdauer und Energie schwang sich der Gast zur Beherrscherin dieser fabelhaften Anforderungen auf. Was ganz besonders Anerkennung finden muß, ist die Tatsache, daß die Stimme der Sängerin nach all den übermenschlichen stimmlichen Anstrengungen beim letzten Ton genau noch so frisch und tragfähig klang wie zu Anfang. Was wir schon bei früheren Gastspielen über die stimmlichen Vorzüge Sophie Palm-Cordes zu erwähnen Gelegenheit hatten, können wir heute nur wieder im vollsten Umfange bestätigen. Voll, edel und metallisch schwingt sich ihr vornehm ausgeglichenes Organ siegfah über den erweiterten, wichtig aufstrebenden Orchesterkörper. Ihre reistlose Darstellung konnte nur das einmütige Urteil vollster Anerkennung auslösen. Scharf zeichnete sie die seelischen Züge eines nur von Wuttrache durchglühten Weibes. Nichts war gemacht, nichts war gewollt, an dieser Elektra-Verkörperung: was die Künstlerin gab, war impulsive Leidenschaft und ein vom Wesen der Rolle diktiertes Temperament, fern aller Lebertreibung und Effekthascherei im Sinne der Hoffmannsthal'schen Dichtung. Neben ihr hielt sich W. Lorenz-Höllischer als „Christohemis“ stimmlich sehr standhaft. Mit kolossaler Kraft wuchtete sie sich dem Orchester gegenüber dollauf zu behaupten und ließ auch auf der darstellerischen Linie nichts zu demängeln offen. Als „Ahtännestra“ gab besonders in darstellerischer Hinsicht M. Mosel-Tom-jick eine beachtenswerte Leistung. Das von Gewissensbissen gepeinigte ungete Weib, das heuchlerische und gehäßige Wesen derselben gelang ihr vorzüglich, was sie stimmlich nach bestem Vermögen zu unterstreichen ebenfalls bemüht war. Eine ebenfalls sehr schätzenswerte Leistung bot Max Küttner als „Drest“. Zu schönem Ton steigerte er sein ausgiebiges, großes Organ im Zwiegespräch mit Elektra. Durch weises Zurückhalten im Spiel wußte er auch wieder in dieser Partie sich als die bewährte Stütze unseres Opernensembles zu behaupten. Der „Aegisth“ des Hans Wuffard, wenn auch klein, befriedigte dollauf durch scharf prononcierte Deklamation. Nicht unerwähnt darf hier das rhythmisch komplizierte und schwierige „Mädcheneintakt“ bleiben, das präzis und rein den Abend vielversprechend einleitete und in dem sich besonders die Stimmen H. Müller-Reichels und Mag. Bauers hervorhoben.

Das Publikum spendete lebhaften Beifall und ehrte den Gast, den Dirigenten und Regisseur mit mehreren Hervorrufen. Die neue Dekoration „Schloßhof zu Wlone“ ist von der Künft-

lerhand Albert Wolfs entworfen und erhöhte wesentlich den Reiz des Bühnenbildes in seiner Stilkreinheit. W. Sch.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 10. Nov. B. 17. „Kabale und Liebe“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr. Dienstag, 11. Nov. 7. Vorf. aus. Ab. Unter der Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß: „Ariadne auf Naxos“, Oper in 1 Akt von Rich. Strauß, zu spielen nach Volkers „Bürger als Edelmann“, Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. Mittwoch, 12. Nov., in der Festhalle: Richard Strauß-Konzert des verstärkten Hoforchesters unter der Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß. Programm: festliches Präludium für großes Orchester und Orgel, Vierter für Sopran, Salomes Tanz, Lieber für Bariton, Don Juan. Solisten: Frau Lorenz-Höllischer, Herr Küttner. Anfang 8 Uhr, Ende 10 Uhr. Donnerstag, 13. Nov. 8. Vorf. aus. Ab. Unter der Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß: „Elektra“, Tragödie in 1 Akt von Hugo v. Hofmannsthal, Musik v. Rich. Strauß. Elektra: Jdena Moll-Kapfenberg, Hg. bayr. Kammerfängerin von der Münchener Hofoper. Anfang 8 Uhr, Ende 10 Uhr. Freitag, 14. Nov. A. 18. „Jedermann“ das Spiel vom Sterben des reichen Mannes, erneuert von G. v. Hofmannsthal. Anfang 8 Uhr, Ende nach 10 Uhr. Samstag, 15. Nov. B. 18. „Die Hermannsschlacht“, Drama in 5 Akten v. Kleist. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Sonntag, 16. Nov. C. 16. „Die Jüdin“, große Oper in 5 Akten von Salch. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. Montag, 17. Nov. A. 20. „Cavalleria rusticana“, Melodrama in 1 Akt von Mascagni. — „Der Bajazzo“, Drama in 2 Akt. und einem Prolog von Leoncavallo. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr. In Baden-Baden: Mittwoch, 12. Nov. 7. Ab.-Vorf. Zum erstenmal: „Der Jude von Santanz“, Trauerspiel in 5 Akten von Wilhelm v. Scholz. Anf. 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. \* Hoftheater Karlsruhe. In der Aufführung von „Kabale und Liebe“, die am heutigen Montag zur Feier von Schillers Geburtstag stattfindet, sind folgende Rollen neu besetzt: Präsident (Herr Baumbach), Ferdinand (Herr Küttner), Wurm (Herr Gemmede), Luise (Fr. Holm), Kammerdiener des Fürsten (Herr v. Kronek), Kammerjungfer der Lady (Fr. Mar.). Regie: Dr. Kronacher.

No. ... Die ... tigen. ... Kraft ... die de ... Ort zu ... in dem ... bei einem ... Schaubu ... bestimm ... gewerbli ... lassen, in ... der Ba ... Frankf ... Bänder ... die voll ... will, ein ... Darüber ... ert wend ... die Weg ... läßt, so ... frankf ... gewerbli ... franke ... handlung ... nach, son ... wenn der ... er überg ... nis, die ... Den ver ... die jemei ... in Abzug ... Beiträge ... zurückge ... Das ... 3. und 4 ... Differenz ... gewerbe ... rheimlän ... gegen 2 ... 1. ... Maler ... verpfl ... die Org ... die A ... nebst d ... in 18 ... geberbe ... D ... und de ... kann. ... verban ... in a ... heit ge ... De ... Röstim ... des an ... Wirtur ... Do ... Worstell ... der Ar ... wohnhe ... seiner ... geberbe ... verlegt ... bes Ne ... Die ... nachpro ... vertrag i ... gefest ... 5 Pf. un ... sehen. ... ert im ... wird nat ... In d ... der allge ... lüfener ... einer ... der Ein ... der pro ... ten näm ... auch die ... Gehilfen ... Zu d ... fahrens ... errungen ... parteilich ... betrere ... stimmt ge ... mit bene ... allgemein ... Es is ... verband ... Gauerba ... und wela ... gebmerge ... Der ... fengerich ... broden, ... Verteilun ... letzte er ...



Bahnen eingeführt haben, werden in Baden nicht ausgegeben. Im Jahre 1910 kamen in Baden auf 100 Reisende 24,01 Inhaber von Arbeiterfahrkarten, die Einnahmen betragen aus letzterem für das Kilometer Betriebslänge 861 Mark, die Zahl der ausgeführten Fahrten mit Arbeiterfahrkarten betrug 7062 auf den Kilometer Betriebslänge. Mit diesen Zahlen steht Baden an erster Stelle.

Die Krankenversicherung der im Wandergewerbe Beschäftigten. Für die Krankenversicherung der im Wandergewerbe Beschäftigten, welche bisher nicht krankenversicherungspflichtig, wohl aber berechtigt waren, hat die Reichsversicherungsordnung Sonderbestimmungen aufgenommen, die am 1. Jan. 1914 in Kraft treten. Die Bestimmungen gelten nur für die Personen, die der Wandergewerbetreibende bei seinem Umherziehen von Ort zu Ort mit sich führt, also für seine Wanderbegleiter, welche in dem Wandergewerbebeschein eingetragen sind. Für Personen, die der Wandergewerbetreibende zur gelegentlichen Hilfe an einem Ort und nur für diesen, z. B. beim Aufschlagen seiner Schandube, seines Karavans u. dgl. zuzieht, gelten die Sonderbestimmungen nicht. Da in den nächsten Monaten die Wandergewerbetreibenden ihre Scheine für das Jahr 1914 sich ausstellen lassen, sollen diese Sonderbestimmungen kurz angegeben werden: Der Wandergewerbetreibende hat bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Ortes, bei dessen Ortspolizeibehörde er den Wandergewerbebeschein beantragt, für die ganze Zeit, auf welche der Schein ausgestellt werden soll, in der Regel also ein Jahr, die vollen Beiträge für so viele Begleiter, wie er mit sich führen will, einzuzahlen, wenn nicht die Kasse ihm Stundung gewährt. Darüber wird von der betr. Kasse eine Bescheinigung ausgestellt, erst wenn er diese der Polizeibehörde vorlegen kann, wird ihm der Schein ausgestellt werden. Auf dem Wandergewerbebeschein wird der Beitrag und der Grundlohn der Kasse, sowie die Zahl der Begleiter angegeben werden. Wenn ein Begleiter krank wird, so hat der Wandergewerbetreibende der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Ortes, wo der Begleiter erkrankt, den Wandergewerbebeschein vorzulegen. Diese Kasse wird nach dem erkrankten Begleiter die Krankengeld (Krankengeld, ärztliche Behandlung usw.) gewähren. Die Begleiter sind nicht der Person nach, sondern der Zahl nach versichert. Es fahdet deshalb nichts, wenn der Arbeitgeber unterwegs seine Begleiter wechselt. Wenn er überzählige Begleiter annimmt, bedarf er dazu der Erlaubnis, die ihm nur erteilt wird gegen Nachzahlung des Beitrags. Den versicherten Begleitern kann der Wandergewerbetreibende die jeweils fälligen Krankenversicherungsbeiträge an dem Lohn in Abzug bringen, aber nur zwei Drittel der von ihm bezahlten Beiträge und nur für eine Zeit, die nicht länger als einen Monat zurückliegt.

**Bewerkschaftliches.**

**Das Haupttarifamt im Malergewerbe zu den Tarifbrüchen.**

Das Haupttarifamt im Malergewerbe beschäftigte sich am 3. und 4. November mit 16 Anträgen und Beschwerden zu den Differenzen, die nach als Folge der Ausperrung im Malergewerbe bestehen. Vor allem wurde über den Tarifbruch der rheinlandisch-westfälischen Unternehmer beraten und mit 15 gegen 2 Stimmen folgende Entscheidung angenommen:

- 1. Gau II ist tarifbrüchig.
- 2. Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe ist gemäß § 9 Abs. 1 des Reichstarifvertrages verpflichtet, die im Gau II organisierten Meister aus ihrer Organisation auszuschließen. Von dieser Maßgabe werden die Meister nicht betroffen, welche den Reichstarifvertrag nicht den dazu ergangenen Schiedsprüchen anerkennen und sich in irgend einer Form dem Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe anschließen.

**Begründung:**

Der Hauptverband der Arbeitgeber hat den Tarifvertrag und damit auch die Schiedsprüchen der Unparteiischen anerkannt. Diese Anerkennung wirkt gegen alle im Arbeitgeberverband organisierten Mitglieder ohne Rücksicht darauf, ob sie in die Mitglieder bei der Zustimmung in der Minderheit geblieben sind.

Der Gau II war zugestandenemmaßen im Augenblick der Zustimmung durch den Hauptverband Mitglied dieses Verbandes und fiel daher ohne weiteres unter die verpflichtenden Wirkungen des Reichstarifvertrages. Da der Gau II diesen Verpflichtungen trotz wiederholter Vorstellungen, insbesondere auch seitens des Hauptverbandes der Arbeitgeber beharrlich nicht nachkommt, so unterlag von vornherein keinem Zweifel, daß der Gau II die ihm aus seiner Zugehörigkeit zum Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände erwachsenden Verpflichtungen in bewusster Weise verlegt hat und daher in vollem Umfange tarifbrüchig ist.

Ar. 2 der Entscheidung ergibt sich ohne weiteres aus § 9 des Reichstarifvertrages.

Berlin, den 3. November 1913.  
Rath. Brenner. v. Schulz.

Die Unternehmer im Rheinland haben bereits neue Kampfregeln in nahe Aussicht gestellt. Sie wollen den Reichstarifvertrag in vier wichtigen Positionen verschlechtern. Die festgesetzte Lohnerhöhung von 6 Pf. wollen sie auf 4 Pf., die von 5 Pf. und 4 Pf. auf 3 Pf., und die von 3 Pf. auf 2 Pf. heruntersetzen. Außerdem soll die ausgesprochene Arbeitszeitverkürzung erst im Frühjahr beginn. Herbst 1915 eintreten. Der saubere Plan wird natürlich vorbegehalten.

In der Sitzung des Haupttarifamtes wurde ferner die Frage der allgemeinen Lohnerhöhung im Sinne des Antrages der Gewerkschaften dahin entschieden, daß einer Abschwächung der allgemeinen Lohnerhöhung mit Erfolg der Einwand entgegengesetzt werden kann, daß sie dem Geiste der protokollarischen Erklärung widerspricht.

Aus der hier gemeinten protokollarischen Erklärung glaubten nämlich die Unternehmer folgern zu können, daß sie nicht auch die Löhne der schon über den Minimallohn hinausbezahlten Gehilfen erhöhen müßten.

Zu der für eine Anzahl Städte wichtigen Frage des Verzwegens für die Festsetzung der über den Schiedspruch hinaus erzwungenen Löhne während der Ausperrung, machten die Unparteiischen einen Vorschlag, der, weil er den Unternehmervertretern zu weit ging, den Gehilfenvertretern aber nicht bestimmt genug war, keine Mehrheit fand. — Die übrigen Fragen, mit denen sich das Tarifamt noch beschäftigte, haben weniger Allgemeines Interesse.

Es ist nun vor allem abzuwarten, ob der Unternehmerverband seine ihm auferlegte tarifliche Pflicht: den tarifbrüchigen Gewerkschaftsmitgliedern auszuschließen, erfüllen wird und welche Konsequenzen sonst noch aus dem Abfall dieser Unternehmergruppe entstehen werden.

**Berichtszeitung.**

**Aus der Karlsruher Strafkammer.**

Sitzung des 8. November.

Der Tagelöhner A. D. von Langenbrücken wurde vom Schöffengericht Bruchsal von der Anklage des Diebstahls freigesprochen, mit der Maßgabe, daß der Angeklagte die Kosten seiner Verteidigung selbst zu tragen hat. Gegen letztere Verfügung legte er Berufung ein, die insofern von Erfolg begleitet war,

als die Kosten der Verteidigung der ersten Instanz auf die Staatskasse übernommen werden. — Der Reisende D. S. E. von Weingarten war bei einem Durlacher Zeitschriftenverlag als Abonnementvermittler in Stellung. Während seiner Tätigkeit kam es des öfteren vor, daß auf falsche Namen auf eine Zeitschrift abonniert wurde, und der angebliche Abonnent nachher nicht aufzufinden war. Ein solcher Fall kam ihm auch in Göttingen vor; es handelte sich hier um Arbeiterinnen in der dortigen Patronenfabrik. Um die Namen der betr. Mädchen festzustellen, begab er sich in die Fabrik, wo er sich, um ungehindert Einlaß zu finden, dem Portier als vom Bezirksamt Durlach beauftragt vorstellte. Der Diener schenkte den Angaben des Besuchers Glauben und führte ihn zum Krankenkassenverwalter der Fabrik, der ihm auch anstandslos ein Verzeichnis der Arbeiterinnen vorlegte. Die „Erhebungen“ blieben jedoch erfolglos, dagegen kam der Schwindel bald zu Tage und der angebliche Bezirksbeamte hatte sich wegen Amtsanmaßung zu verantworten. Er wurde unter Einrechnung einer wegen allerhand Betrügereien inzwischen gegen ihn von der Strafkammer Kaiserslautern ausgesprochenen Gefängnisstrafe von 11 Monaten, zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr verurteilt, wozu ein Monat Untersuchungshaft in Abzug kommt. — Wegen Urkundenfälschung und Betrugs stand der Tagelöhner L. S. von Teufelneureut vor Gericht. Er hatte auf einem Lohnzettel, auf dem ein Vorstoß von 12 Mk. vermerkt war, die Zahl 12 in 6 abgeändert, wodurch er erreichte, daß ihm 6 Mk. ausbezahlt wurden, die ihm nicht zuzubanden, und um welche sein Arbeitgeber geschädigt ist. Mit Rücksicht auf den verhältnismäßig kleinen Betrag und die feierliche Unbedenklichkeit des Angeklagten, ließ das Gericht Milde walten und verurteilte ihn zu 2 Wochen Gefängnis. — Der Blecher G. K. von Hagsfeld war des Betrugs im Sinne des § 176 Riff. 3 angeklagt. Das Gericht konnte sich von einer Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und gelangte zur Freisprechung von der erhobenen Anklage.

Mannheim, 6. Nov. Eine interessante Verleumdungssklage kam gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Ein „Bergwerksdirektor“ annanzierte in einer Heidelberger Zeitung ein Heiratsgesuch. Er verlangte, daß seine Zukünftige mindestens 40 000 Mk. Vermögen besitzen müsse. Auf das Heiratsgesuch meldete sich ein Fräulein S. aus Heidelberg, die der Herr „Bergwerksdirektor“ auch im Jahre 1910 heiratete. Bald nach der Hochzeit aber entpuppte sich der „Bergwerksdirektor“ als ein ganz gewöhnlicher Steiger namens Jacques Biolot aus Chemnitz, der jetzt auf einer Grube im Saarrevier beschäftigt ist. Die von der Ehefrau mitgebrachten 40 000 Mark waren in kurzer Zeit durchgebracht und der Herr „Bergwerksdirektor“ jandte fortwährend Brandbriefe an seine Schwiegermutter, der es aber schließlich zu bunt wurde. Sie ließ ihre Tochter nach Heidelberg kommen. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden an die Frau, warum sie nicht mehr zu ihrem Mann gehe, erklärte diese, der verdiente ja nur 100 Mk. monatlich, mit denen er doch seine Familie nicht ernähren könne. In einem Briefe schrieb der Herr „Bergwerksdirektor“ seiner Schwiegermutter, er habe sich von seiner Frau schon scheiden lassen wollen, weil sie mit ihren Töchtern ein „Schadengeschäft“ treiben wolle. Die Schwiegermutter nannte darauf in einem Antwortschreiben ihren Schwiegersohn einen „Schwindler“. Wegen des Vorwurfs „Schadengeschäft“ strengte Frau S. gegen Biolot Privatverleumdungssklage an und letzterer erhob Widerklage wegen des Wortes „Schwindler“. Biolot wurde von dem Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, Frau S. aber freigesprochen, da sich Biolot tatsächlich als Schwindler entpuppt habe. — Für Biolot wird damit die Angelegenheit noch nicht erledigt sein, er wird sich noch wegen der unberechtigten Führung des Titels „Bergwerksdirektor“ zu verantworten haben.

s. Freiburg, 7. Nov. Von der Strafkammer wurden heute elf Landwirte und Binger aus Heitersheim wegen Anpflanzung der Amerikanerwebe zu Geldstrafen von 5 bis 20 Mk. verurteilt. — Das gleiche Gericht verurteilte den 53jährigen Schlosser Jaf. Schleder aus Lomerdingen (Würt.) wegen Betrugs, verurteilt an drei fath. Geißeln, zu 9 Monaten Gefängnis. Zu Beginn der Verhandlung beschimpfte er die Richter, auch drohte er ihnen mit Totschlag, schließlich versuchte er mit hocherhabenem Stuhl gegen den Richter vorzugehen. Der psychiatrische Sachverständige schilderte den Angeklagten als geistig minderwertig.

**Luftschiffahrt und Flugsport.**

Begouds Profit. In allen Kreisen unterhält man sich über die Mehneinnahmen des Fliegers, der für zwei oder drei Tage 50 000 bis 60 000 Mk. einbringt. Erhalten soll! In Wahrheit erhält er sie nicht. Begoud ist nämlich, wie die meisten anderen Flieger, ein armer Flugproletarier, der im Dienste irgend einer kapitalistischen Gesellschaft steht. Für eine geringe Abfindungsumme von ein paar tausend Mark kauft er sein Leben aufs Spiel, während die Mehneinnahmen den Kapitalisten zufließen. So ist es befaunlich Regel in der kapitalistischen Weltordnung.

**Neues vom Tage.**

**Mabiater Penäler.**

Mainz, 8. Nov. In der hiesigen Oberrealschule feierte ein 16jähriger Schüler der Untersekunda auf einem Oberlehrer, der ihn wegen Nichtablieferung eines Strafzettels zur Rede stellte, 3 Revolvergeschüsse ab. Der Lehrer, der sein Vorhaben bemerkte, gab ihm einen Schlag auf die Hand, sodas der erste Schuß in die Wunde ging. Der zweite Schuß ging gleichfalls fehl. Der dritte Schuß traf auf bisher noch nicht aufgekündete Weise den Schüler in den Kopf. Die Kugel konnte jedoch durch Operation entfernt werden. Die Staatsanwaltschaft hat den Tatbestand aufgenommen.

**Heberfall.**

Gießen, 8. Nov. Gestern Abend kam ein etwa 27jähriger gutgekleideter Mann in das Bahnhofsrestaurant Nr. 5 Gießen-Roedgen und erbat etwas zu Essen. Während die Frau des Bahnhofsrestorers Schmitt diesem Wunsch nachkam und ihn an den Familientisch einlud, zog der Unbekannte einen Revolver und gab mehrere Schüsse auf die Familienmitglieder ab. Ein Schuß traf die Frau am Arm. Als der Bahnhofsrestor den Fremden vom weiteren Schicksal abhalten wollte, gab er auf ihn mehrere Revolvergeschüsse ab, die aber zum Glück nicht trafen. Der Täter entkam dann unerkannt. Die Streife nach ihm blieb erfolglos.

**Raubmord.**

Welsch, 8. Nov. Ein Raubmord, der schon volle zwei Jahre zurückliegt, ist jetzt aufgedeckt worden. Gestern stellte sich in Halbau unter der Selbstbeschuldigung, Witwiflerin des Mordes zu sein, die Frau Luise Fische geborene Hartmann bei der Polizei. Sie gab an, das vor zwei Jahren von ihren Eltern, ihrer Schwester und ihrem Schwager ein reicher Handelsmann, der in dem einsam gelegenen Grundstück am Fuße der Landeskrone übernachtete, ermordet und beraubt worden sei. Die Leiche sei im Walde vergraben worden. Die Staatsanwaltschaft ließ umfangreiche Nachgrabungen vornehmen, die aber bisher resultatlos verliefen. Die vier angeführten Personen wurden heute

nachmittag in Haft genommen. Ob die Behauptungen der Frau richtig sind, muß abgewartet werden.

**Zoll-Hinterziehungen.**

Düsseldorf, 8. Nov. Die Zollbehörde im Düsseldorfster Hafen ist einem umfangreichen Cognacschmuggel auf die Spur gekommen. Die hinterzogenen Steuergebühren machen angeblich riesige Summen aus. Eine Anzahl Verhaftungen stehen bevor.

**Todesurteil.**

Köln, 8. Nov. Der Gattenmörder Reuter wurde heute vom Schöffengericht zum Tode verurteilt. Reuter hatte seine von ihm getrennt lebende Ehefrau zu einer Unterredung gelockt, sie mit einem Stein erschlagen und dann den Leichnam auf die Schienen gelegt, um Selbstmord vorzutäuschen.

**Automobilunfälle.**

Hohenfels, 8. Nov. Das Automobil der Firma Glagowski und Sohn aus Hohenfels rannte in der Nähe von Schwelheim auf einen Bierwagen gegen einen Baum und überschlug sich. Die Insassen, Direktor Gaxlinski, Prälat Baubitz und noch ein zweiter Beifahrer wurden schwer verletzt, Gaxlinski lebensgefährlich.

Köln, 8. Nov. Heute vormittag überfuhr das Automobil des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen (Sohn) in der Junferstraße das 4jährige Töchterchen des Schneidemeyers Kirch, das trotz mehrfacher Signale direkt in das Automobil hineinkam. Der Prinz ließ das Kind in seinem Automobil sofort ins Krankenhaus schaffen und zog sofort Erkundigungen über sein Befinden ein, die kleine Inz aber alsbald an den erlittenen Verletzungen.

**Reicher Kinderlegen.**

Danzig, 8. Nov. Das 30. Kind ist einem Oberpostkassener Schmidt in Briesen in Westpreußen geboren worden. Das Kind, ein gesunder Knabe, befindet sich ebenso wie die Mutter wohl. Das Familienleben wird als ein sehr herzliches geschildert. Freilich ist es keine Kleinigkeit, eine so zahlreiche Kinderzucht zu erzziehen.

**Schiffsunfall.**

Reval, 8. Nov. Der russische Segler Alexander, der von Tobau nach Reval mit Delfinen unterwegs war, ist heute, früh bei stark unsichtigem Wetter bei Bad Wärsich gestrandet. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

**Spionage-Prozesse.**

Budapest, 8. Nov. Vor dem hiesigen Gerichtshof begann heute der Spionage-Prozess gegen den russischen Sprachlehrer, Pravura aus Jarskoje Selo, der sich hier mehrere Jahre aufhält und den ungarischen Bankbeamten Beloski. Beide sind angeklagt, zu Gunsten Russlands Spionage betrieben zu haben. Sie lieferten dem russischen Generalstab geheime Angaben über die österreichisch-ungarische Wehrmacht. Nach Beginn der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Leipzig, 8. Nov. Wegen versuchter Spionage verurteilte heute das Reichsgericht den Angeklagten Morlowski zu 3 Jahren Zuchthaus, Wroblewski zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und Wollmann zu 2 Jahren Zuchthaus, ferner alle drei zu je 5 Jahren Ehrverlust. In der Urteilsbegründung hieß es, daß die Angeklagten des versuchten Verrats militärischer Geheimnisse überführt seien. Wroblewski und Wollmann, beide russische Staatsbürger, stehen seit Januar 1913 gegen eine Entschädigung von je 50 Rubel monatlich in Diensten des russischen Nachrichten-Bureaus. Am 8. Februar haben sich beide bei Morlowski eingemietet, der sie auf ihren Wunsch mit einem Kafarnenwärter bekannt machte. Dieser ging scheinbar auf die Anträge der Russen ein und verschaffte ihnen ein von ihnen gewünschtes Gewehrgehör, worauf die Verhaftung aller drei erfolgte.

Wien, 8. Nov. Heute vormittag fand vor dem Garnisonsgericht die Verhandlung gegen den Oberleutnant Nedemil Jandrie statt, der des Verbrechens der Spionage in Kriegszeiten angeklagt ist. Auf diesem Verbrechen steht die Todesstrafe. Das Urteil wird erst nach obergerichtlicher Bestätigung ausgegeben werden.

**Korruptions-Affäre.**

Prag, 8. Nov. Der aus den verschiedenen Prager Korruptionsaffären bekannte Advokat Dr. Boutschek veröffentlicht heute einen offenen Brief an den Prager Bürgermeister Dr. Croy, worin er diesen beschuldigt, von der neuesten dieser gemeldeten Bestechungsaffäre beim Ankauf von Grundstücken durch die Stadtgemeinde, wobei Provisionen von 350 000 Kronen an bisher unbekannte Stadtbedienstete gezahlt worden sind, gewußt zu haben. Dr. Boutschek nimmt an, daß der Bürgermeister mehr leichtsinnig als verbrecherisch gehandelt habe und fordert ihn auf, sein Amt niederzulegen, widrigenfalls er auf Grund des in seinen Händen befindlichen Beweismaterials die Strafverfolgung gegen ihn erstatten werde.

**Zur Eisenbahnkatastrophe in Meisen.**

Meisen, 8. Nov. Unter den Trümmern des verunglückten Zuges wurde der Oberkörper eines Kindes gefunden. Damit erhöht sich die Zahl der Opfer auf 41.

**Russische Verkehrsfreunden.**

Petersburg, 8. Nov. Bei Novo Radomsk in der Nähe von Rsdz überfiel eine Räuberbande 14 Fuhrwerke mit Passagieren. Bei dem Zusammenstoß wurden 7 Passagiere ernstlich verletzt. Den Banditen fielen 40 000 Mk. und eine Menge Wertgegenstände in die Hände.

**Feuersbrunst.**

Petersburg, 8. Nov. Bei einer großen Feuersbrunst in der Kavalergardesstraße sind 5 Personen verbrannt. Ein Feuerwehrmann wurde von einem herabstürzenden Behälter getroffen und auf der Stelle getötet.

**Zudenhebe.**

Petersburg, 8. Nov. Das Blatt „Russki Praci“ meldet aus Alexandrowsk, dort seien aus Cherson mehrere große Ballen Plakate mit der Aufforderung zu Pogromen eingetroffen. Darin werde die Verdröterung aufgehebt, alle Juden zu ermorden. Es verlautet, daß von hier telegraphischer Befehl an alle Gouverneure des Reichgebietes ergangen ist, alle Maßregeln gegen die geringsten Unruhen zu treffen. Ganz besonders strenge Anweisungen hat der Generalgouverneur Trepow in Miew erhalten. Trepow soll beim Lesen der Depesche, die ihn für eventuelle Unruhen verantwortlich macht, geweint haben.

**Der Komplize des Kaplans Schmidt.**

Reutort, 29. Okt. Der Komplize des Kaplans Hans Schmidt, der Zahnarzt Ernst Murek, wurde heute vom hiesigen Bundesgericht wegen Herstellung von Falschgeld zu 7 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Höchststrafe für das Verbrechen ist 30 Jahre, und wahrscheinlich würde der Mann auch einen bedeutend längeren Termin erhalten haben, wenn nicht mehrere Verzte auf Grund einer körperlichen Untersuchung des Gefangenen zu der Ansicht gekommen wären, daß er sehr schwache Lungen habe und wahrscheinlich nicht mehr lange leben werde. Mureks richtiger Name ist, wie in den Verhandlungen festgestellt wurde, Hermann Arthur Heibing. Schmidt beschuldigt, seinen Freund zu entlassen, indem er alle Schuld auf sich nahm, aber die Jury glaubte ihm augenscheinlich nicht. Schmidt's Prozeß wegen der Ermordung der Anna Kunzler dürfte Mitte November beginnen.

**Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.**



Aus dem Lande.

Durlach.

Verschiedene Diebstähle von Kleidungsstücken, Leber- pfebern usw. waren in der letzten Zeit in der Garderobe der Ge- werbeschule vorgekommen. Den Nachforschungen der Ge- darmerie ist es gelungen, den Täter dingfest zu machen. Es ist ein 19jähriger Bürsche von hier, der sich wiederholt in die Ge- werbeschule einschlich, die Kleidungsstücke entwendete und in Karlsruhe versteckte.

Kastatt.

Verdigung. Am Samstag vormittag fand hier die Ver- erdigung des in Ausübung seines Berufes durch einen Redolber- schuß des Zahnchneifers Scham tödlich verletzten Schuhmanns Krompach statt. Zu der Trauerfeier waren u. a. erschienen der Minister des Innern Freiherr v. Bodman, Polizeidirektor Schäuble aus Karlsruhe, der Amtsvorstand, Bürgermeister und Deputationen von Schuhmannschaften. Am Grabe sprach u. a. der Minister v. Bodman, der als Zeichen der Anerkennung der Verdienste des verstorbenen Beamten, einen prachtvollen Kranz niederlegte.

Baden-Baden.

Gewerbegericht. Beim hiesigen Gewerbegericht waren im abgelaufenen Jahre 89 Rechtsstreitigkeiten anhängig, von denen erledigt wurden durch Vergleich 30, Anerkenntnis 3, Zurücknahme 1, Verjähurteil 15, andere Endurteile 16, und Verurtheilungen 23. Von den eingereichten Klagen waren erhoben 5 von Arbeitgebern und 84 von Arbeitnehmern. Von den erwähnten 16 anderen Endurteilen ergingen ganz zu Gunsten der Arbeit- geber 7, ganz zu Gunsten der Arbeitnehmer 7 und 2 gemischt. Die erhobenen Klagen betrafen 50 Lohnansprüche, 32 Entschädi- gungsforderungen wegen Vertragsbruchs und sonstige Streit- punkte 7. Beim Kaufmannsgericht waren 11 Rechtsstreitigkeiten von welchen erledigt wurden durch Vergleich 4, durch Zurück- nahme der Klage, Verurtheilungen 3, durch Endurteil 3 und durch Verjähurteil 1. Von den 3 Endurteilen ergingen zugunsten der Arbeitnehmer 2 und 1 gemischt. Die erhobenen Klagen be- trafen 7 Lohnansprüche und 4 Entschädigungsforderungen wegen Vertragsbruchs. Als Einigungsamt ist weder das Gewerbe- gericht noch das Kaufmannsgericht im abgelaufenen Jahre in Tätigkeit getreten.

Seibelsberg, 9. Nov. Barfreuden. Dieser Tage wur- den in einer Bar einem Gast ca. 800 M. entwendet. Als Täterin kommt eine der Barfrauen in Betracht.

Mannheim, 7. Nov. Die Unfälle, am Treppengeländer heruntergerutschen hat hier zu einem schweren Unglück geführt. Der 14jährige Sohn eines Maurers wollte vom 5. Stod am Geländer heruntergerutschen. Der Knabe bekam dabei das Lebergewicht, stürzte durch das Treppengeländer in den untersten Stod, so daß er schwere innere Verletzungen und einen Schädel- bruch erlitt; an dem Aufkommen des Kindes wird gezweifelt.

Mannheim, 9. Nov. In vergangener Nacht wurde um 2 Uhr auf der Waldhofstraße in der Nähe der Humboldtstraße hier der 46 Jahre alte geschiedene Schuhmacher Karl König von Schweigern, dessen Wohnung noch unbekannt ist, von einem Automobil überfahren und am Kopf und Rücken so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus verbracht werden mußte. Er verstarb daselbst heute früh. Nach der noch in den Nacht eingeleiteten Untersuchung soll ein strafbares Verschulden des Wagenführers nicht vorliegen.

Gemsbach, 7. Nov. Auf seltsame Weise ist die 17jährige Bahnwärtstochter Anna Ost von hier ums Leben ge- kommen. Sie hatte sich von einem gefährlichen Giftstoffextrakt einen Kranz geflochten, um durch dessen Geruch gewisse Folgen eines Liebesverhältnisses zu beseitigen. Es war jedoch für sie ein Todesstrank, da die genommene Dosis sehr stark war. Die Leiche des unglücklichen Mädchens wurde heute feziert. Seitens der Staatsanwaltschaft in Mannheim, die bei der Sektion ver- treten war, ist in dieser Angelegenheit eine Untersuchung ein- geleitet.

Radolfzell, 9. Nov. Im benachbarten Wöhligen hat sich der 52jährige Knecht Durst aus Wöhligen aus unbekannter Ursache erhängt.

Ärzte und Krankenkassen.

(Schluß.)

Auch in maßgebenden Kreisen der Ärzteschaft versteht man die Bedenken bzw. die ablehnende Haltung der Krankenkassen. Der in Ärzte wie in Kassenkreisen gleichwohl bekannte Sanitätsrat Dr. Busch in Wöhligen hat sich der Auffassung des preußischen Kammergerichts angeschlossen, wonach das Streben der kassenärztlichen Vereine nach der freien Arztwahl als etwas rein Wirtschaftliches anzusehen ist. Er schreibt in Nr. 18 der Arbeiterverjorgung vom 21. Juni 1913 u. a.: „Denn gerade die freie Arztwahl und die Frage ihrer ethischen und wirtschaft- lichen Bedeutung bildet den Hauptgegenstand des Streites so- wohl zwischen den Ärzteparteien als zwischen den Ärzten und Krankenkassen.“ Die vom Kammergericht rundweg abgewiesene ethische Bedeutung der freien Arztwahl wollen die Verfechter dieses Systems am nachdrücklichsten damit beweisen, daß durch die freie Arztwahl den Kassenmitgliedern das Recht gewahrt werde, sich den Arzt des Vertrauens zu wählen.

Nun muß aber von vornherein sehr bedremden, daß fast gar nicht von Seiten der Verfechter, die doch in erster Linie an diesem Rechte interessiert sind, die Forderung der freien Arzt- wahl erhoben wird, sondern ganz vorwiegend von ärztlicher Seite. Schon allein bei Berücksichtigung dieser Tatsache ist es erklärlich, wenn der für die Kassenpraxis reklamierte „Arzt des Vertrauens“ recht anrüchig geworden ist. Im übrigen ist fol- gendes darüber zu sagen:

Während für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Arzt und Patienten in der Privatpraxis im großen und ganzen aus- schließlich die auf die Behandlung und Heilung der Krankheit gerichteten Rücksichten und Wünsche entscheidend sind, die aber durch das eigene Portemonnaie des Patienten mit durchschla- gender Wirksamkeit reguliert werden, stellt dieser Regulator in der Kassenpraxis. In an dessen Stelle treten hier Momente, die zum Teil nach geradezu entgegengesetzter Richtung wirken und danach angetan sind, das Verhältnis des Patienten zum Arzt völlig umgekehrt zu stellen: freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, Krankengeld, Invalidengeld, Unfallrenten usw., alle diese Kassenleistungen werden zum größten Teil zufolge gut- achtlicher Bescheinigungen des Kassenarztes den Kassenmitglie- dern angewiesen. Der Kassenarzt hat also nach eigenem Dafür- halten den Patienten, die zugleich seine Kunden sind, zu bewir- kungen aus fremdem Portemonnaie zu übermitteln. Diese be- deutende Tatsache, in keinem anderen Stande sich vorfindend, besonders auch nicht in dem mit dem Verzeihende so gern ver- gleichenen Rechtsanwaltsstande, weist doch gewiß mit zwingender Logik auf die Notwendigkeit hin, daß der Kassenarzt vor un- gezügelter Abhängigkeit von den Kassenmitgliedern bewahrt werde, damit er unbedingten Zumutungen gegenüber den nötigen Widerstand betätigt.

Hierüber noch viele Worte zu verlieren, hieße in der Tat Gulen nach Äthen tragen. Auch daß der Schutz vor jener un- gezügelter Abhängigkeit dem Arzte nur durch das fixierte Arzt- system gewahrt werden kann, weil dieses die Konkurrenz unter

den Ärzten in mäßigen Grenzen hält, bedarf keiner näheren Erörterung. Bei freier Arztwahl hingegen ist er wegen der mit ihr einhergehenden maßlosen Konkurrenz geradezu auf das Wuhlen um die Gunst der Kassenmitglieder angewiesen, wenn er eine größere Kassenpraxis sich erringen will. Die Gefahr also, daß die Ärzte dem unlauteren Wettbewerb, der dem vorhin Gesagten gemäß leider überhaupt durch die Verhältnisse der Kassenpraxis in so bedrohliche Nähe gerückt ist, sich hingeben, daß sie also auch unbedingten auf Anrechnung der Kassenlei- stungen gerichteten Zumutungen nicht entgegenstehen, ist mit der freien Arztwahl in viel höherem Grade verknüpft, als mit dem fixierten System. Die Ärzte, die solchen Verjörungen nachgebend den Löwenanteil der Kassenpraxis an sich reißen, die sogenannten Kassenlöwen, sind ja auch trotz aller Vorbeugungsmaß- nahmen durch Kontrollkommissionen usw. eine ständige Begleit- erscheinung gerade bei freier Arztwahl.

Hiermit dürfte der Versuch, unter Hinweis auf den „Arzt des Vertrauens“ der freien Arztwahl einen ethischen Wert beizumessen, genügend gekennzeichnet sein. Uebrigens wird überall bei Einführung des fixierten Arztsystems die durchaus zu be- grüßende Einrichtung getroffen, daß den Kassenmitgliedern unter einer zwar begrenzten aber doch angemessenen Zahl von Ärzten die Wahl freisteht. Im Grunde genommen wird hier- mit diese Freiheit den Kassenmitgliedern in derselben Weise gewährt, wie sie von den Privatpatienten ausgeübt wird, da ja auch für diese praktisch fast immer nur einige wenige Ärzte bei der Auswahl in Frage kommen. Wer also behauptet, daß fixierte Arztsysteme besonders in unzulässiger Weise das Recht auf den „Arzt des Vertrauens“, der urteilt grundfalsch.

Das einzige ethische Moment, das vielleicht zugunsten der freien Arztwahl geltend gemacht werden könnte, nämlich daß sie eine größere Unabhängigkeit der Ärzte von den Kassenver- waltungen gewähre, hat bei Lichte gesehen lediglich die Be- deutung eines Scheingrundes. Und der Schein trägt in diesem Falle ganz gewaltig. Denn erstens läßt sich die Gefahr einer zu weitgehenden Abhängigkeit der Ärzte von den Kassenver- waltungen unter dem fixierten System durch Einigungs- kommissionen und Schiedsgerichte und durch sachliche Regelung der Bewerungs- und Anstellungsverhältnisse der Kassenärzte ver- traglich in völlig genügender Weise verhüten. Zweitens aber: Wie steht es demgegenüber mit der Unabhängigkeit der Ärzte bei freier Arztwahl? Kein Mittel gibt es, wie aus obigen Er- örterungen leicht zu entnehmen, um die Ärzte unter diesem System vor jener klaffenden Abhängigkeit von den Kassenmit- gliedern zu schützen, wodurch sie genötigt werden, sich deren Wünschen, auch wo es Torheiten oder Böswilligkeiten sind, zu fügen. Die Verfechter der freien Arztwahl selbst liefern hier- für schlagende Beweise: Wie sehr sie die Schwierigkeit einsehen, bei ihrem System die Ärzte auf dem Wege der Tugend zu halten, bestätigen sie durch ihre mit den weitgehendsten Befugnissen ausgestatteten Kontrollkommissionen. Diese erklären sie eben für unerlässlich, wenn die freie Arztwahl zufriedenstellend funktionieren solle. Aber selbst diese denkbar schärfste Kon- trolle vermag und muß verjagen, weil sie das Lebel nicht bei der Wurzel faßt. Den Unflug, der den „Kassenlöwen“ zu ihren Erfolgen verhilft, verhindert sie nicht, läßt aber dafür die Un- schuldigen mit den Schuldigen leiden und macht jede selbständige ärztliche Tätigkeit illusorisch.

So steht es mit der Unabhängigkeit und Freiheit der Ärzte bei freier Arztwahl aus. Diese Freiheit, die ist eine Knecht- schaft schmählicher Art und wird abendrein verkauft durch den notgedrungenen Verzicht auf wissenschaftliches Arbeiten und demgemäß durch eine tiefdeuerliche Schädigung der medizinischen Wissenschaft. Denn weil bei freier Arztwahl der eine Arzt den anderen an Vielgeschäftigkeit überbieten muß, erhalten wohl etwa 90 Prozent der ärztlichen Verordnungen den Cha- rakter der pro forma-Resepete, der sogenannten ut aliquid fiat- Resepete, die aller Wissenschaft Hohn sprechen.

Derselbe Grund der Vielgeschäftigkeit bewirkt zugleich eine unerhörte Verringerung der ärztlichen Honorare, sobald man diese auf die ärztlichen Einzelleistungen bezieht. Bei der übergroßen Zahl der letzteren stellen sich eben die Beträge pro Einzelleistung lächerlich gering, mag das Krankengeld pro Kopf der Kassenmitglieder und Jahr noch so hoch sein.

Betreffs der hiermit bereits berührten wirtschaftlichen Be- deutung der freien Arztwahl ist vor allem noch ein Punkt be- zugsnehmend: Mit Vorliebe wird in wirtschaftlicher Beziehung zugunsten der freien Arztwahl das Argument „Arbeits- möglichkeit“ verjündet, Arbeitsmöglichkeit für jeden Arzt! Aber die von der freien Arztwahl gebotene Arbeitsmöglichkeit könnte man, sobald die freie Arztwahl allgemein eingeführt wäre, mit viel größerem Rechte eine Arbeitsunmöglichkeit oder Verjörungsmöglichkeit nennen. Denn die freie Arztwahl will an einer Arbeit gegebenenfalls zehnmal soviel Ärzte teil- nehmen lassen wie zu deren Verrichtung genügen. Mit dieser Arbeitsmöglichkeit können sich nur jene Ärzte befremden, die zu den oben erwähnten Kassenlöwen veranlagt sind. Durch den von ihnen getriebenen unlauteren Wettbewerb werden die meisten Ärzte und vor allem gerade die ehrenwertesten bei freier Arztwahl von ausreichender wirklicher Arbeit, von ausreichendem Erwerb im Namen der Arbeitsmöglichkeit ausgehakt.

Von überall her, auch aus den Städten, wo die freie Arzt- wahl sich glänzend behaupten soll, hört man, sofern man sich nur vertraulich erkundigt, aus dem Munde der beteiligten Kol- legen bittere Klagen, die diese wirtschaftlichen „Segnungen“ der freien Arztwahl bezeugen.

Und doch hat die Arbeitsmöglichkeit der freien Arztwahl leider ihren verführerischen Reiz, leider, weil zum Verderben des Verzeihandes. Daß den jungen Kollegen sofort die ganze Kassenpraxis offen steht, läßt ja Unkundigen das Studium der Medizin als außerordentlich vorteilhaft erscheinen. Daher ist denn eine heillose Ueberfüllung des Standes, deren betrieblende Folgen hier nicht weiter erörtert zu werden brauchen, ein wirtschaftliches Mißgeschick für die Ärzte, womit zweifellos in erster Linie wieder nur das Konto der freien Arztwahl zu belasten ist. — Erst nach Jahr und Tag, wenn die jungen Kollegen von noch jüngeren mit noch finsternen Weinen und noch diegemerem Rückgrat bedrängt werden, sehen sie ein, wie sehr sie sich durch ein Blendwerk haben täuschen lassen.

Zum Schluß ist noch die Frage zu beantworten, woher es denn wohl kommt, daß trotz der offensichtlichsten Schäden der freien Arztwahl so viele Ärzte sich den auf sie gerichteten Ver- breibungen angeschlossen. In Wirklichkeit — das haben geheime Bestimmungen zur Evidenz erwiesen — sind es bei weitem nicht so viele Ärzte, die diese Verbreibungen billigen, wie es den Anschein hat; sie nehmen nur nicht Stellung dagegen, weil sie die Anfeindungen gewisser Kollegenkreise scheuen und weil sie zudem fast glauben, die freie Arztwahl komme ihnen doch nicht. Im übrigen ist die Frage, warum die Ärzte in so großer Zahl die Kämpfe um die freie Arztwahl ruhig mit ansehen, nicht schwer zu beantworten. Ein Hauptgrund, der für die jungen und jüngsten Kollegen bestimmend ist, wurde schon besprochen. Aber ausschlaggebend ist das folgende: Wenn überall die freie Arztwahl eingeführt sein würde, wäre den organisierten Ärzten, die ja dann das Monopol für Lieferung von Kassenärzten be- säßen, die unumgängliche Herrschaft über die Kassen in die Hand gegeben; die Kassen müßten, weil völlig wehrlos gemacht, allen Forderungen der Ärzte unbedingt sich fügen. Eine solche Herrschaft ausüben zu können, ist eben für manche allzu verlockend; diese Machtvolle an sich zu reißen, das ist das eigent- liche Ziel, das Machthaber der, die die Einführung der freien Arztwahl durchdrängen, es direkt, sei es auf dem Umwege obli- gatorischer Kollektivverträge erkämpfen wollen. Aber ist ein solches Ziel gutzuheißen? Ist es mit den Grundgedanken der Moral und Gerechtigkeit zu vereinigen, einen gleichberechtigten Verzeihungs- kontrahenten verzeihungswilligen zu wollen? Nein und abermals nein. Dieses Endziel, es bildet gerade das aller schwerwiegendste Bedenken, das gegen die freie Arztwahl zu erheben ist.

Genug, die deutsche Ärzteschaft ist dem preußischen Kam- mergericht zu größtem Danke dafür verpflichtet, daß es in seinen Urteilsgründen in so entschiedener Form der freien Arztwahl jeden ethischen Wert abgesprochen hat. Ueber deren wirtschaft- liche Bedeutung sich des näheren zu äußern, war ja nicht seine Aufgabe; aber schon das abgegebene Wort wird hoffentlich nicht verfehlen, zum Heile des Verzeihandes aufklärend auf weite Volkskreise zu wirken. Zum Heile des Verzeihandes! Denn wie im obigen gezeigt, wäre der ethische und wirtschaftliche Niedergang unseres Standes unabwendbar, wenn die allge- meine Einführung der freien Arztwahl über ihn hereinbrechen würde.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 10. November.

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion.

Heute abend 1/9 Uhr, findet in der „Wacht am Rhein“ eine Fraktionsitzung statt, zu der die Mitglieder mit der Bitte um vollzähliges und pünktliches Erscheinen freundlichst eingeladen sind.

Herbstfeier des Gewerkschaftsartells.

Im großen Saale der Festhalle hielt das hiesige Gewerkschaftsartell seine alljährliche Herbstfeier ab. Der Besuch muß als ein recht guter bezeichnet werden, wenn er auch nicht so stark war wie im vorigen Jahre. Das Programm, das zu dieser Feier aufgestellt war, muß als sehr gebiegen bezeich- net werden und dessen Abwicklung dürfte die zahlreichen Zu- hörer vollaus befriedigt haben, was ja auch schon der reichliche Beifall zeigte. Den ersten Teil bildete ein Konzert. Leb- endig verdienen hier an erster Stelle die vorzüglichen musika- lischen Konzertvorträge des Gewerkschaftsorchesters unter Leitung seines Dirigenten Hoffmann hervorgehoben zu werden. Wir erwähnen z. B. nur den feineren Vortrag der Duvertüre zur Oper „Norma“ und die Fantasia aus der Oper „Glück des Cremlins“. Wir können fast jedesmal, wenn wir das Gewerkschaftsorchesters spielen hören, Fort- schritte konstatieren. — Der geistliche Teil des Programms wurde von den vereinigten Arbeitergesangsvereinen Karls- ruhes, dem Frauenchor, dem gemischten Chor des „Bruder- bunds“ Mühlburg und zwei Solovorträgen von Herrn A. Valdas bestritten. Wir können es uns heute verjagen, auf die Einzelheiten des Gesprochenen und der Einzelleistungen der Vortragenden näher einzugehen. Wir haben schon oft Gele- genheit gehabt, die guten Leistungen der einzelnen Vereine hervorzuheben, auch die zum Vortrag gebrachten Lieder haben wir zu besprechen Gelegenheit gehabt. Die Vereine brachten aus ihrem reichen Vorrat ihr Bestes, das man immer wieder gern hört, auch wenn es schon öfter gesungen wurde. Die vereinigten Arbeitergesangsvereine sangen die zwei packenden Freiheitshieder „Ich warte dein“ und „Lied des Helden“, beide von Uthmann. Der Frauenchor brachte das hübsche Lied „Bri- berlein und Schwefelstein“ (mit Klavierbegleitung) und „Die Mühle im Tale“, als Dreingabe infolge des starken Beifalls „Sah ein Knab ein Nöselchen stehn“. Der gemischte Chor des „Bruderbund“ sang unter seines Dirigenten Hupfinsich sicher und feinstimmiger Leistung „Mein Lied“ und „Sandmänn- chen“. Die Gesangsköre und der Frauenchor leitete Herr Valdas, über dessen Dirigenteneigenschaften wir uns auch schon an anderem auszulassen Gelegenheit hatten. Als Solist sang Herr Valdas „Der Bergene Sehnucht“ von Hupfinsich und „Der Berg“ von Silbach. Sein kräftiger, gut ge- bildeter Bariton kam besonders in letzterem Liede wirkungs- voll zur Geltung. Am Schluß (aus dem Lager der Firma Schweisgut hier) begleitete recht gut und ausdrucksvoll Hr. Steinmann. Alles in allem muß ausdrücklich hervor- gehoben werden, daß in künstlerischer Beziehung das Konzert auf einer bemerkenswerten Höhe stand, das Gewerkschaftsartell leistete hier wieder ein gut Stück erzieherische Arbeit. — Nach dem Konzert fand ein Ball statt, in dem sich die Jungen und die Alten mit Ausdauer, trotzdem es oft ein bißchen eng zu- ging, betätigten.

Bildungsausschuss. Morgen, Dienstag, abend findet Kaiserstraße 141, Eingang Karl Friedrichstraße, eine Sitzung statt, zu der das Erscheinen aller Mitglieder sehr erwünscht ist.

Das vollständige Symphoniekonzert, das gestern mor- gen in der Festhalle stattfand, sollte, müßte leider in letzter Stunde abgejagt werden, der Kartenverkauf ein ungenügender war. So bedauerlich es ist, daß diesesmal das Konzert aus- fallen mußte, möchten wir doch nicht das diesmal nicht vorhandene Interesse auf ein Nachlassen des Interesses überha uft zurückzuführen. Es waren zu viele Veranstal- tungen in der letzten Zeit, so daß eine gewisse Ueberfüllung eingetreten sein mag; auch die Presse hatte infolge der vielen anderweitigen Znanpruchnahme nicht die Zeit, um auf diese oder nur möglichen Unterstützung würdige vollständige Ver- anstaltung immer wieder hinzuweisen. Wir hoffen, daß der diesmalige Ausfall die Veranstalter nicht entmutigen wird, sondern daß an einem der nächsten Mittwoch das Konzert doch stattfindet.

Unfall. In der Durlacher Allee stürzte gestern abend ein 63jähriger Werkführer zu Boden, wobei er sich am Hinterkopf Verletzungen zuzog. Ziemlich primitiv erwies sich hierbei die- der einmal die sanitäre Hilfe, die unsere Polizei zu leisten in der Lage ist. Es ist doch ein unbilliger Zustand, daß eine Polizeistation, wie die am Durlacherort, nicht im Besitz einer Tragbahre ist.

Unfall auf der Messe. Gestern nachmittag ist auf dem Veroplankarussell ein Verbindungstroch zwischen Benzinhälter und Motor gebrochen, wodurch das Benzin ausströmte und von der in der Nähe befindlichen Tischlampe entzündet wurde. Dadurch entstand eine große Flamme, welche von dem Besitzer sofort gelöscht werden konnte.

Ueberfall. In der Nacht vom 6. auf 7. ds. Mts. zwischen 12 und 2 Uhr wurde ein lediger 30 Jahre alter Schweizer aus Adshausen auf dem Bahnhöfen der Rheintalbahn Gde Jolly- und Pultigerstraße von 3 Unbekannten von hinten überfallen und seiner Burschaft von circa 280 M. und seiner Uhr und Kette beraubt. Als Täter kommen drei Bürsche in Betracht im Alter von 25—30 Jahren, 1,60—1,70 Meter groß, alle 3 unter- sucht mit Schurckbärten und steifen schwarzen Hülsbüten. Die Leute seien besser gekleidet gewesen. Die Kleidung kann durch den Geschädigten nicht näher beschrieben werden, obwohl er vor-



er mit den 3 Unbekannten in einer bis jetzt noch nicht ermittelten Wirtschaft am gleichen Tisch gesessen ist und denselben noch Wein bezahlt hatte. Am Tatort sind gestern früh noch zwei spanisch-Marckscheine gefunden worden.

**Veranlagungen und Unterhaltungen.**

\* Arbeiterdiskussionsklub. Am Dienstag, 11. Nov., abends halb 9 Uhr, spricht im Gemeindehaus der Südstadt (Ede Luisen- und Marienstr.) Malermeister Lacroix über „Handwerk und Arbeiterfrage“. Das Thema dürfte in allen Kreisen, die sich mit wichtigen sozialen Fragen befassen, lebhaftes Interesse erwecken, besonders da als Redner ein erfahrener Sachmann gewonnen wurde. Eintritt frei, Gäste willkommen.

**Drohender Krieg zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten.**

Washington, 8. Nov. Gestern fand im Weißen Hause ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Wilson statt, der sich mit der Beratung der mexikanischen Angelegenheiten beschäftigte. Da in der Zwischenzeit aus Mexiko in Washington ein Telegramm eingetroffen war, welches besagte, daß Huerta gegen die Vereinigten Staaten gegenüber Widerstand entgegen zu setzen, so gab sich eine größere Anzahl Berichterstatter nach dem Weißen Hause und erkundigte sich nach Beendigung des Kabinettsrates bei den Mitgliedern, in welcher Weise man Huerta entgegenzutreten wolle. Die eingelangte Depesche besagt, daß General Huerta bei den Mexikanern auf 500 000 Mann erhöhen wolle, und daß er fest entschlossen sei, den Vereinigten Staaten formell zu erklären, daß er keineswegs gewillt sei, dem Wunsch des Präsidenten Wilson entgegen zu kommen. Kein einziges Mitglied des Kabinettsrates fühlte sich jedoch bewegt, in dieser Angelegenheit eine Mitteilung zu machen, sondern alle hielten, daß offiziell von dem Vorhaben Huertas nichts bekannt sei.

Neuport, 8. Nov. Es wurde der Befehl gegeben, daß heute früh das Kriegsschiff „New Hampshire“ sofort von Tampa nach Veracruz abgehen solle. Weiter sollen 200 Marine-Soldaten innerhalb einer Frist von 48 Stunden für den sofortigen Transport nach dem Süden in Bereitschaft gehalten werden. Ferner sollen alle Vorbereitungen getroffen werden, um weitere 2500 Marine-Soldaten in Guantanamo auf Kuba zu landen.

Portsmouth (New Hampshire), 8. Nov. 200 Seefolken haben aus Washington telegraphisch den Befehl erhalten, sich sofort zum Dienst im südlichen Klima vorzubereiten.

**Letzte Nachrichten.**

**Eidesleistung des neuen König.**

München, 8. Nov. Die Eidesleistung König Ludwig III. von Bayern hat heute vormittag in feierlicher Weise im Thronsaal des Königshauses der Residenz stattgefunden. Schon um 8 Uhr herrschte in den Straßen der Residenz München ein reges Leben. Die anreisenden Prinzen wurden lebhaft begrüßt. Unter den 24 Abgeordneten der Kammer, die der Feier beizuwohnten, befanden sich auch Vertreter der Sozialdemokratie. Kurz nach 10 Uhr erschien der König im Thronsaal und hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Es hat mich mit Befriedigung erfüllt, daß es dem eifrigen Zusammenwirken von Regierung und Landtag gelungen ist, in verfassungsmäßiger Form die Wiederherstellung des Zustan-

des zu ermöglichen, der dem Gedanken der Erbmonarchie, dem Geiste der bayerischen Verfassung und dem Empfinden des Volkes in gleicher Weise entspricht. Für all mein Tun wird das Wohl meines teuren Volkes die Richtlinie bilden. Darauf erfolgte die Eidesleistung, worauf Ministerpräsident Freiherr von Hertling eine Ansprache an den König hielt, in der er das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue gab.

**Die Kostenrechnung für die Königsmacher.**

München, 8. Nov. Seitens des Finanzministeriums ist eine Nachtragsforderung zu dem Etat des königlichen Hofes für Ausgaben an den Landtag gebracht worden welche infolge der Beendigung der Regierung und der Thronbesteigung König Ludwig III. einen verfassungsmäßigen Bestandteil der Zivilliste bilden. Diese Nachtragsforderung einbezogen, beziffert sich die Gesamtforderung für die Erhöhung der Zivilliste auf rund 1 400 000 M. In der ersten dem Landtag zugegangenen Vorlage werden zur Erhöhung der Zivilliste 1 168 956 M. gefordert, sodas sich das Mehr dieser Nachtragsforderung auf etwa 230 000 M. stellt.

**Parlamentarisches.**

Berlin, 8. Nov. Bei den Verhandlungen über die Zusammenlegungen der Kommission zur Prüfung der Rüstungsleistungen wurde von sozialdemokratischer Seite der Abgeordnete Dr. Liebknecht neben dem Abgeordneten Roste als Mitglied angeboten. Der Abgeordnete Roste wurde angenommen, gegen die Berufung des Abgeordneten Dr. Liebknecht erhob der Reichstanzler Bedenken wegen der prononcierten Stellung dieses Abgeordneten gerade in dieser Angelegenheit und die sozialdemokratische Partei ist vom Reichsamt des Innern aufgefordert worden, einen anderen Herrn zu ernennen. Die Antwort der sozialdemokratischen Fraktion steht noch aus.

**Zum Wehrbeitrag.**

Berlin, 8. Nov. Der Reichsverband deutscher Städte hat an den Minister des Innern die Bitte gerichtet, dafür einzutreten zu wollen, daß den Gemeinden für die Arbeit, die sie bei der Erhebung der Besitzsteuer zu leisten haben, eine angemessene Entschädigung gezahlt wird.

**Das Sprachverbot gegen Amundsen aufgehoben.**

Berlin, 8. Nov. Der Minister des Innern hat die Verfügung des Regierungspräsidenten in Schleswig zurückgenommen, durch welche dem Entdecker des Südpoles, Amundsen, untersagt worden war, in Helsingborg einen Vortrag in nordwestlicher Sprache zu halten. Der Minister des Innern hat gestern abend telegraphisch dem Regierungspräsidenten die entsprechenden Weisungen zugehen lassen. Die Aufhebung des Verbotes gründet sich juristisch auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, worin der Sprachenparagraph des Reichsverfassungsgesetzes auf wissenschaftliche und künstlerische Vorträge keine Anwendung finden darf.

**Die Scharfmacher gegen eine Arbeitslosenversicherung.**

Hannover, 7. Nov. Unter dem Vorhabe des Fabrikleiters G. Garvens fand heute hier die Arbeitsnachweis-Konferenz der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände statt. Nach einem Vortrage v. Dr. Stjontzen-Berlin wurden dessen Leitsätze sowie ein Beschlusstrat einmütig angenommen, der sich gegen die Regelung der Arbeitslosenversicherung auf öffentlich rechtlicher Grundlage und gegen ihre Förderung aus Mitteln der Allgemeinheit ausspricht. Nach einem Berichte von Dr. Grabenstedt-Berlin wurde eine Eingabe an die Eisenbahnverwaltungen beschlossen, wonach den durch die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber vermittelten Arbeitern die gleiche Fahrpreismäßigung zuteil werden solle wie den durch die öffentlichen

Arbeitsnachweise vermittelten Arbeitern. Nach einem Berichte von Dr. Linsler-Berlin wurde eine Zusammenfassung der Arbeitsnachweise beschlossen und eine Zentralfelle der Deutschen Arbeitgebervereine in Berlin begründet.

**Defizit im Kolonialbudget.**

Brüssel, 8. Nov. Das Kolonialbudget, das der Deputiertenkammer heute zugegangen ist, schließt mit einem Fehlbetrag von rund 21 Millionen ab. Es wird vorgeschlagen, zur Deckung kurzfristige Schatzscheine auszugeben.

**Finanzreform in Frankreich.**

Paris, 8. Nov. Der Finanzminister gedenkt den vor den Parlamentsferien eingebrachten Gesetzentwurf über eine Anleihe von 1 Milliarde Francs in Obligationen mit 20jähriger Laufzeit zurückzuziehen und einen Entwurf über eine Anleihe von 1400 Millionen in Obligationen eines anderen Typs einzubringen.

**Drohender Streik der Postbeamten.**

Paris, 8. Nov. Der „Matin“ meldet aus London: Wie bekannt sein dürfte, ist in England seit einiger Zeit die Frage eines Streiks der Postbeamten auf der Tagesordnung. Die Postbeamten haben nun an den Postmeister Samuel appelliert. Der Postmeister ließ ihnen gestern die Antwort zustellen, in der es heißt, daß es der Regierung unmöglich sei, weitere Mittel für die Postangestellten- und Arbeiter aufzubringen, als durch die Kommission Solts in Vorschlag gebracht worden sei. Man hegt nun in England die Befürchtung, daß die Postbeamten während der Weihnachtzeit in den Ausstand treten werden, was große Schwierigkeiten im Gefolge haben würde. Der Postmeister Samuel hat, um einer solchen Absicht vorzubeugen, in seiner Antwort ausdrücklich hervorgehoben, daß Jeder, der etwa die Arbeit niederlegen sollte, sich als entlassen zu betrachten habe.

**Friedensrede Lord Georges.**

London, 8. Nov. Lloyd George hielt in Miedlesborough eine Rede, in der er den Entwurf einer städtischen Bodenreform skizzierte und auf die Rüstungen zu sprechen kam. Er sagte, es würde besser für Deutschland, England, Frankreich und Rußland sein, wenn sie ihre Ausgaben für die Rüstungen in die Nordsee werfen würden, als daß sie sie für die fürchterlichsten Maschinen und Werkzeuge zur Menschenmorderei verwenden. Ein Land allein könne das nicht tun, aber alle zusammen könnten es, besonders wenn sie sich von gewissen Reformen frei machen würden. Wenn dieses Geld für soziale Reformen verwendet würde, so würde ein neues England entstehen.

**Wahlen in England.**

London, 8. Nov. Die Regierung hatte heute einen schlechten Tag. Es wurden zwei Ersatzwahlen abgehalten. Im schottischen Wahlkreis Dornoch wurde für den in den Richterstand verletzten früheren Lordobolaten Ure ein neuer Abgeordneter gewählt. Der offizielle liberale Kandidat erhielt das Mandat, aber die Majorität, die noch bei der letzten Wahl 2070 Stimmen betrug, war auf 521. Noch mißlicher ist das Ergebnis in Reading, wo anstelle des neuernannten Lordoberrichters Rufus Isaacs ein Vertreter zu wählen war. Isaacs hatte das letzte Mal nur 99 Stimmen Mehrheit, der Ort war also unsicher, aber es war nicht vorzuziehen, daß der liberale Kandidat Booth, ein historischer Schriftsteller von Ruf, von dem Konservativen mit 1131 Stimmen Mehrheit geschlagen werden würde.

**Briefkasten der Redaktion.**

Möhen. Besten Dank. Ihr Brief kam aber erst Samstag nachmittag hier an.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten: Wilhelm Kolb; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Kadel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Heilkunde: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

**Vereinsanzeiger.**

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute abend im Lokal Borturnerziehung. — Die Langstunde beginnt heute abend halb 9 Uhr im „Auerhahn“. 4636  
Karlsruhe-Mühlburg. („Bruderbund.“) Heute Montag Singstunde für gemischten Chor im kleinen Saal des „Müllers Krug“. Um vollständiges Erscheinen wird ersucht. 4631  
Karlsruhe. (Gesangverein „Cassalia.“) Heute Montag abend halb 9 Uhr Zusammenkunft im „Prinz Ludwig“, Kuppelvertrage zu bevorzugenem Zweck. 4638  
Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit.“) Morgen Dienstag punkt 9 Uhr Singstunde. Da neue Chöre einstudiert werden, ist vollständiges Erscheinen unbedingt nötig. 4630

**Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.**

Mittwoch, den 12. November, abends halb 9 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 18,

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Ersatzwahl zur Preschkommission.  
2. Fortsetzung der Diskussion über die letzten Landtagswahlen. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen ersucht. Mitgliedsbücher sind am Saaleingang vorzulegen. 4639  
Der Vorstand.

**Öffentliche Versammlung**  
zwecks Gründung einer Arbeitersiedelung bei Grünwinkel am Dienstag, den 11. November 1913, abends halb 9 Uhr, im Saal des „Goldenen Hirschen“ in Mühlburg.  
Der Vorstand der Gartenstadt Karlsruhe, e. G. m. b. H.

**1000 bis 2000 Stück gebrauchte Bordeaux- und Schlegelflaschen zu kaufen gesucht.**  
Offerten unter 4513 an die Expedition dieses Blattes.

**Reparaturen**  
an Uhren, Goldwaren, Brillen u. Zwickler werd. unter Garantie fachgemäss in eigener Werkstätte sofort und billigst ausgeführt.  
Gg. Paul, Uhrmacher, Marienstr. 33. 914

**Pelze**  
alle Arten in grosser Auswahl staunend billig. 4628  
Nur Zirkel 32 1 Treppe hoch.

**Augen auf!**  
Ich kaufe abgelegte Kleider, Schuhe, Möbel, Betten, Interieur, Gold- und Silbergegenstände, Militäreffekten, Pfandscheine usw. Zahle höchste Preise. Gest. Offerten erbeten an S. Weintraub Kronenstr. 52. 914 Komme pünktlich.

**Eilen Sie. Heute ist Schluss uns. Serien-Tage Knopf.**



**Die Hauptmarke!**  
**„Unsere Marine“**  
 Schlager in Qualität.  
 Die beste 2 Pf.-Cigarette



GEORG A. JASMATZKI A. G. DRESDEN  
 Größte deutsche Cigarettenfabrik

**Arbeiterdiskussionsklub.**  
 Dienstag den 11. November, abends 7/9 Uhr, im  
 Gemeindehaus der Südstadt (Ede Luifen- und Marienstr. 10),  
 Eingang nur Luifenstraße)  
**Vortragsabend.**  
 Thema: Handwerk und Arbeiterchaft.  
 Redner: Herr Malermeister Lacroix.  
 Eintritt frei. Gäste willkommen.  
 Der Vorstand.

**Das Gewerkschaftskartell Mannheim**  
 sucht ab 1. Januar 1914 einen  
**Arbeiter-Sekretär**  
 ausschließlich auf 6 Monate. Geeignete Bewerber wollen  
 ihre Offerten bis 1. Dezember 1913 mit dem Vermerk  
 „Bewerbung“ an das Gewerkschaftskartell Mannheim P 4  
 Nr. 9, einreichen.

**Büro- und kaufm. Lehrlinge**  
 Rechts- und Patentanwälte, Kolonialwaren, Delikatessen-  
 ranch, Drogerien, Einkaufsgenossenschaft, Brauereibrennerei,  
 Biergroßhandlung, Kohlenhandlung, Zigarrengeschäft, Buchhand-  
 lung, Musikalienhandlung, Wäscheausstattungen, Sägewerk, u.  
 Fabrikbüro, Schlosserei usw. mit guter Schulbildung werden für  
 hier zum sofortigen Eintritt gesucht. Möglichst baldige An-  
 meldungen werden erbeten an das  
**Stadt. Arbeitsamt Karlsruhe.**  
 Bähringerstr. 100. Fernsprecher 629.

**Möbel-Ausstellung**  
**Holz & Weglein**  
 Beständige Ausstellung  
**kompl. Zimmer-Einrichtungen**  
 in nur guten Ausführungen  
 Verkaufs-Räume:  
**Kaiserstrasse 109**  
 Telephon Nr. 401. 4538  
 Franko-Lieferung. Jahrelange Garantie.

**Sonder-Preise**  
 Großer  
**Putz-Verkauf**  
**Strumpfwaren**  
**Hermann Tietz**

**Kein Verschub!**  
 Zieh. gar. sicher 22. Nov.  
**Grosse Badische**  
**Rote + Gold-Lotterie**  
 3220 Geldgew. und 1 Prämie bar Geld  
**37 000 Mk.**  
 Mögl. Höchstgewinn  
**15 000 Mk.**  
 Hauptgewinn  
**10 000 Mk.**  
 3227 Gewinne und 1 Prämie bar Geld  
**27 000 Mk.**  
 Lose à 1 M., 11 L., 10 A.,  
 Porto und Liste 25 S.  
 empfehle Lotterie-Unternehmer  
**J. Stürmer**  
 Strassburg i. L., Langstraße 107.  
 Filiale: Kohl u. M., Hauptstr. 47.  
 In Karlsruhe: Carl Götz,  
 Hebelstr. 11/15, E. Fluge

**15% Rabatt**  
**PELZE**  
 Wilhelmstr. 34  
 1 Treppe.

**Stubenvögel**  
 haben fast alle Milben,  
 welche nicht nur lästig,  
 sondern auch sehr ge-  
 fährlich sind. Sie ver-  
 ursachen das Ausfallen  
 der Federn, Katarche,  
 Abzehrung der Vögel u.  
 Die Folge ist, daß ein  
 guter Sänger nicht mehr  
 singt. Dieses ist zu be-  
 seitigen oder vorzu-  
 beugen durch  
 8826  
 „Ester-Vogelband“,  
 Sächchen 25 Pfg. Zu  
 haben in den Drogerien u.  
 Samenhandlungen.  
 Max Straus, Drogerie,  
 Karlsruhe-Mühlburg,  
 Hardtstraße 21.  
 Engros: G. Frohmüller  
 Hof-Samenhandlung,  
 Erbprinzenstr. 32.  
 Telefon 1145.  
 Karl Weiß Nachfolger,  
 Bähringerstraße 96.

**Städt. Badanstalt**  
 (Vierordtbad)  
**Karlsruhe.**  
**Medizinische Bäder.**  
 Fichtennadel-Salz (Rappe-  
 nauer oder Stass-  
 furter).  
 Mutterlauge u. Schwefel-  
 (Thiopinol-)Bäder.  
 Badezeit an den Werktagen:  
 Vormittags 8 Uhr bis  
 8 Uhr abends.  
 Auch über Mittag ge-  
 öffnet.  
 An den Samstagen bis  
 9 Uhr. 15  
 Sonntags 8—12 Uhr.

**Achtung!**  
 Samstag, 15., Sonntag,  
 16. Nov. im Gasth. z. Schiff  
**großes Preischießen**  
 mit Floß. Schöne Preise.  
 Freunde des Schießsports sind  
 freundlichst eingeladen. 4632  
 Schützenges. K.-Daglanden.

**Drucksachen** fertigt  
 an  
 Buchdruckerei Volksfreund.  
 Teleph. 1715. Billigste Bezugsquelle für Teleph. 1715.

**sämtl. Schneiderartikel**  
 Furnituren, Bügelösen und sämll. Bügelutensilien.  
**Peter Mees, Karlsruhe, Herrenstraße 42.**  
 NB. Damenjackettfluter in grosser Auswahl.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
 Eheaufgebote. Wilhelm Borell von hier, Kaufmann  
 Pforzheim, mit Sophie Schäufele von hier. — Otto Steinbrenner  
 von Erlendach, Metzgermeister hier, mit Rosine Kuster von Pforz-  
 ach. — Karl Nagel von Linsheim, Plattenleger hier, mit  
 Emilie Göbelbecker von hier.  
 Geburten. Helena Johanna, B. Herm. Seyfried, Kanzlei-  
 affizient. — Walter, B. Karl Jöbel, Schlosser. — Johanna Elise  
 B. Aug. Schiatti, Maschinenarbeiter. — Emma, B. Theodor  
 Burkhardt, Bildhauer. — Raul Franz, B. Adolf Haber, Friseur.  
 — Anna Hedwig, B. Heinrich Eberle, Tagelöhner. — Friedric  
 B. Rud. Schweiger, Fuhrmann. — Erna Irma, B. Emil Mar-  
 tin, Fabrikarbeiter. — Hermann Karl, B. Hermann Windel,  
 Wagenführer. — Luise Berta, B. Jakob Berger, Wagner.  
 Bruno Gustav Adolf Josef, B. Wilhelm Wenzel, Betriebs-  
 affizient.  
 Todesfälle. Sofie Gromer, alt 67 J., Ehefrau des Nach-  
 wächters Jakob Gromer. — Ernestine Fechner, ledig, alt 80 J.  
 Hermann Kern, Elektrotechniker, ledig, alt 22 J. — Karl Betz  
 Schlosser, Chemann, alt 51 J.

**Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.**  
 Geburten vom 27. Okt. bis 5. Nov.: Elise Katharina  
 B. Anton Lehmann, Aufseher. Franz Josef, B. Franz Josef Kraus,  
 Grundbuchamtsassistent. Helmut, B. Daniel Heg, Eisenbahn-  
 sekretär. Friedrich Philipp, B. Philipp Heinrich Kögel, Holzarbeiter.  
 Ehe-Erklärungen vom 1. und 6. Nov.: Rudolf Philipp  
 Josef Ambruster, Schlosser von hier und Maria Magdalena  
 Laasner von Grödingen. Josef Grieshaber, Eisenbahnmietrecht  
 von Breisach (Baden) und Wilhelmine Domburger von Mümling.  
 Todesfälle vom 2. und 4. Nov.: Walter Emil, B. Johann  
 Emil Hoffmann, Schreiner. Karl Raffimil Bitter, Wittig  
 Maurer, 86 Jahre alt.

**Trinkt Union-Bier!**  
 ff. helle Export- und ff. dunkle Lagerbiere  
 in der Brauerei auf Flaschen gezogen. 8632  
 Telefon 264. **Union-Brauerei Karlsruhe.**

**Die**  
**Kri**  
 Mit  
 Letariat  
 Wirtschaft  
 tertien E  
 jurie an  
 vor dem  
 daß der  
 Atmoip  
 Die  
 auftritte  
 ziehend,  
 kein B  
 schafften.  
 ordnung  
 die Kap  
 die Arb  
 digsten  
 haben!  
 „Stri  
 „fehle  
 Jourier  
 sprüche.  
 Konjum  
 zwischen  
 schaft, d  
 vollen S  
 Möbiffe.  
 greifen,  
 Dampfun  
 Defonon  
 Das Be  
 so groß  
 1907 her  
 märchen  
 die Tru  
 haft abe  
 Entfieh  
 welchen  
 schränkt  
 Wohl v  
 Krie d  
 wenigste  
 vermöge  
 Krie de  
 Dauer u  
 Erst  
 Produkt  
 und Vol  
 lobende  
 vitalisier  
 dene Br  
 der Pro  
 talist m  
 größer,  
 Betrieb,  
 größer  
 Markt  
 hohes G  
 Afrika,  
 Kulturp  
 Aber die  
 mit der  
 unterm  
 Militar  
 machere  
 gärtigste  
 Sie helf  
 sie schon  
 getrieben  
 verlag.  
 Märkte  
 Bankero  
 Kopf g  
 Anstau  
 die Kri  
 und zog  
 im Gra  
 Nun  
 Wirtschaft  
 gehen fo  
 nen wu  
 kauft. I  
 der auf  
 ist es h  
 die hohe  
 troßdem  
 in die S  
 Mittel,  
 Proletar  
 Doch  
 Krie an  
 lten hat